

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 303 · 26. JAHRGANG · AUSGABE 6/2020 VOM 26. MAI 2020 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

3 | **Die destruktivste Form
des Stadtumbaus**
Denkmalschutz für Abrißblock

6 | **Menschenverachtende
Verwaltungslogik**
Obdachlose sind Störer der Ordnung

12 | **Straße in Erfurt soll nach
Gert Schramm heißen**
Ehrung für einen Antifaschisten

Regel: Immer sind die anderen schuld!

Gleichzeitige Sperrungen an allen Eberswalder Bahnüberquerungen. Verwaltungschaos sorgt für Verkehrschaos

Eberswalde (bbp). Zunächst gab es eine Pressemitteilung der Stadtverwaltung, daß der Bahnübergang Wildparkstraße/Rudolf-Breitscheid-Straße vom 18. bis zum 31. Mai wegen Bauarbeiten für den Fahrzeugverkehr gesperrt werde. Lediglich für Fußgänger werde ein Übergang über die Gleise möglich sein. Wenig später wurde dann bekannt, daß zeitgleich zwischen 25. und 29. Mai die beiden südlichen Spuren der Bahnbrücke wegen Asphaltanierung gesperrt würden. Der Verkehr werde per separater Lichtsignalanlage über die beiden verbleibenden Fahrspuren geleitet.

Eine Nachfrage der BBP-Redaktion bei der Eberswalder Baudezernentin ANNE FELLNER blieb zunächst unbeantwortet. Es hieß, sei sie im Urlaub. Zudem war das zuständige Tiefbauamt in der Himmelfahrtswache mit einem Umzug beschäftigt, so daß gleich gesagt wurde, die Bearbeitung könne dauern. Erst auf eine Nachfrage bei Bürgermeister FRIEDHELM BOGINSKI gab dann die Pressestelle Auskunft.

In der Zwischenzeit hatte ein Bürger telefonisch beim Landesbetrieb Straßenwesen angefragt. »Und da rufen Sie bei mir an?« lautete die Antwort von ROBBY LANGE in der Eberswalder Landesbetriebsfiliale, der dann ohne ein weiteres Wort auflegte und nachfolgende Anrufe gar nicht mehr annahm. Auf eine geharnischte Protestmail antwortete schließlich der Pressesprecher des Landesbetriebes STEFFEN STREU, der auf ein Mißverständnis verwies, weil der besagte Robby Lange lediglich für Ausbildungsangelegenheiten zuständig sei.

Streu erklärte »Das Vorhaben an der Wildparkstraße fällt nicht in unsere Zuständigkeit« und verwies auf die oben erwähnte Pressemitteilung der Stadtverwaltung Eberswalde.

Erst nach einer zweiten eMail gab der Landesstraßen-Pressesprecher auch Auskunft zu den geplanten Arbeiten auf der Bahnbrücke: »In Absprache mit der Stadt und den Verkehrsbetrieben läßt der Landesbetrieb Straßenwesen Schäden auf der Brückenfahrbahn beseitigen. Dabei stehen für den Verkehr je eine Spur pro Richtung zur Verfügung. Zu näheren Informationen zu dem Bauvorhaben am Bahnübergang liegen mir keine Informationen vor. Ich würde Sie bitten, sich für Nachfragen dazu an die Stadt zu wenden.«

Der städtische Pressesprecher JOHAN BODNAR gab schließlich folgende Information, die auf eine Zuarbeit der Tiefbauamtsleiterin HEIKE KÖHLER basiert:

»Die Maßnahme Wildparkstraße ist ein Baumaßnahme der Deutschen Bahn. Dort wird der Bahnübergang erneuert... Eine Verschiebung der Baumaßnahme Straßenwesen nicht möglich, da die Bahn gleich danach in Britz den Bahnübergang saniert. Auch hier ist dann die Umleitung über Eberswalde-Eisenbahnbrücke.«

Die Baumaßnahme Eisenbahnbrücke (Sanierungsarbeiten auf den beiden südlichen Fahrspuren) ist eine Baumaßnahme des Landesbetriebes Straßenwesen. Hier erfolgt keine Vollsperrung, es werden nur die Fahrspuren reduziert... Die verkehrsrechtliche Anordnung wurde durch den Landesbetrieb selbst erlassen.

Auf der Eisenbahnbrücke befinden sich Schadstellen. Diese müssen unbedingt repariert werden, bevor der Umleitungsverkehr der Baumaßnahme Ortsdurchfahrt Britz über die Eisenbahnbrücke geführt wird, so daß keine Probleme während der Umleitungszeit auftreten. Die Straßenbauarbeiten in der Ortsdurchfahrt Britz beginnen Anfang Juni 2020 und sollen bis Ende 2020 dauern. Die Umleitung erfolgt dann über Eberswalde über die Eisenbahnbrücke.



Der Bahnübergang am Tierpark kann bis Ende Mai nur zu Fuß überquert werden. Zeitgleich ist die Bahnbrücke, die andere der beiden Querungsmöglichkeiten der Bahn in Eberswalde, nur eingeschränkt befahrbar.

Ein früherer Beginn für die Sanierungsarbeiten auf der Eisenbahnbrücke war aufgrund der Ausschreibungsfristen von Seiten des Landesbetriebs nicht möglich.

Es ist sicher unglücklich, daß sich beide Baumaßnahmen für fünf Tage überschneiden, die Verantwortung dafür liegt jedoch bei der Deutschen Bahn und dem Landesbetrieb Straßenwesen.«

Am 19. Mai hatte dann der SPD-Abgeordnete LUTZ LANDMANN die Sitzung des Eberswalder Hauptausschusses dafür genutzt, um wegen der doppelten Sperrung nachzufragen: »War es nicht möglich, die beiden Baumaßnahmen aufeinander abzustimmen?«

Hier antwortete – trotz ihres Urlaubs – die Baudezernentin Anne Fellner selbst. Den Termin für die Eisenbahnbrücke habe sich der Landesbetrieb Straßenwesen selbst genehmigt. Die Stadtverwaltung habe keinen Einfluß nehmen können.

Der Leiter der Eberswalder Straßenmeisterei MARCO KROLL wird hierzu von der lokalen Tageszeitung wie folgt zitiert: Eberswalde sei vorab angehört worden und habe nicht widersprochen. Bereits Pressesprecher Streu hatte davon gesprochen, alles erfolge »in Absprache mit der Stadt«. **Fazit:** Dank der fleißigen Arbeit zahlreicher Angestellter in vielen verschiedenen Verwaltungen verfügen die Eberswalder eine Woche lang vom 25. bis 29. Mai nur über eine einzige auf zwei Spuren reduzierte mit Baustellenampeln regulierte Überquerungsmöglichkeit der Bahngleise, welche die Stadt in ihrer Mitte zerschneiden.

Bundeswehreinsatz im Barnim

Zur Mittagszeit scheint es aktuell in der Umgebung des Marktplatzes, als sei Eberswalde militärisch besetzt. Gleich im halben Dutzend stehen junge Männer in Tarnuniformen beim Dönerstand an oder schlendern über den Wochenmarkt. Wieso sieht man so viele Militärs in Eberswalde? Kommen etwa die Russen? Sind wir gar schon im Krieg?

Einst galt der Landkreis als »militärfrei«. So lautete ein Beschluß des Kreistages Eberswalde im Jahr 1990. Ende der 90er Jahre hatte sich die Stimmung gewandelt. Die Bundeswehr half beim Oderhochwasser und machte bei den NATO-Kriegen in Jugoslawien mit. Landrat Bodo Ihrke sorgte dafür, daß der pazifistische Wendebeschluß gekippt wurde. Der Landkreis Barnim sollte nicht mehr militärfrei sein.

An diese Maxime hält sich auch der Ihrke-Nachfolger Daniel Kurth, der ebenfalls der SPD angehört. Nach Berichten der lokalen Tageszeitung (MOZ, 28.4. u. 8.5.!) hat der Barnimer Landrat Daniel Kurth (SPD) »Amtshilfe« von der Bundeswehr angefordert. Seit dem 20. April (!) waren 15 Soldaten des in Prenzlau stationierten Fernmeldebataillons 610 geordert worden, um zunächst bis Ende Mai im Barnimer Gesundheitsamt auszuhelfen. Inzwischen will Kurth erreichen, daß das Militär bis mindestens Ende Juli in Eberswalde bleibt.

Der Bataillonskommandeur Oberstleutnant Tobias Jahn informierte, daß er für die »Corona-Mission« ausschließlich Zeit- und Berufssoldaten ausgewählt habe, die im Barnim zu Hause sind. Diese seien »hochmotiviert«, sagt Landrat Kurth. Verständlich, immerhin sparen sich die Soldaten so die tägliche Fahrt nach Prenzlau und den anstrengenden Dienst.

Der SPD-Landrat zeigt sich »froh über die Bundeswehrbediensteten im Paul-Wunderlich-Haus«! Die Soldaten sitzen am Bürgertelefon und fragen täglich bei Patienten in Quarantäne nach, wie es ihnen geht. Und sie recherchieren zu möglichen Kontaktpersonen. Auch die amtierende Leiterin des Gesundheitsamtes Katja Deja äußert sich pflichtgemäß sehr lobend über den Militäreinsatz in ihrem zivilen Amt: »Die Jungs sind eine große Hilfe«.

Der Kreisverwaltung wurden mit dem aktuellen Haushalt im Dezember 2019 vom Kreistag zusätzliche Stellen für rund 80 Mitarbeiter bewilligt. Teile der Verwaltung haben coronabedingt auch weniger zu tun als sonst. Die Kreisverwaltung verfügt also über genügend Personal, um gegebenenfalls auch Engpässe in bestimmten Bereichen auszugleichen.

Eigentlich ist der Einsatz der Bundeswehr im Inland grundgesetzlich verboten. Tatsächlich ist der Telefondienstesatz der Prenzlauer Fernmeldesoldaten weitgehend sinnfrei. Es nützt kaum und schadet wenig.

Bedenklich ist allerdings, wenn der SPD-Landrat einfach mal so, ohne wirkliche Not und ohne Rücksicht auf das Grundgesetz, in seiner Kreisverwaltung Militär für zivile Aufgaben einsetzt.

GERD MARKMANN

Für Videokonferenzen im Kreistag

Seit Mitte März ruht die politische Arbeit der Abgeordneten des Barnimer Kreistags weitestgehend. Mit dem Ausschuß für Haushalt und Finanzen tagte erstmals am 14. Mai 2020 wieder ein Fachausschuß. Andere Fachausschüsse folgen Anfang bzw. Mitte Juni nach dem Kreistag am 10. Juni.

Um bei einem möglichen zweiten Lockdown* die politische Arbeit fortführen zu können, setzt sich die Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die Möglichkeit ein, Fachausschüsse auch als Videokonferenzen stattfinden zu lassen, bevor diese ganz entfallen müssen. Diese Variante ist auch bei anderen Fraktionsvorsitzenden des Barnimer Kreistages auf offene Ohren gestoßen. Jetzt geht es darum, gemeinsam mit der Kreisverwaltung Wege zu finden, daß auf einen zweiten möglichen Lockdown keine politische Auszeit folgt.

Das Land Brandenburg hat mit der Notlagenverordnung (Brandenburgische Kommunale Notlagenverordnung – BbgKomNotV) die Grundlage dafür geschaffen, die politische Arbeit per Videokonferenzen fortzuführen. Erfahrungen damit konnte der bündnisgrüne Eberswalder Stadtverordnete JOHANNES CREUTZIGER bereits sammeln. Als Vorsitzender des städtischen Ausschusses für Kultur, Soziales und Integration hatte er am 6. Mai 2020 erstmals zu einer Videokonferenz eingeladen. Die Erfahrung, die

Johannes Creutziger mit dem städtischen Ausschuß gemacht hat, gebe ich gern an den Kreistag weiter. Videokonferenzen sollten beispielsweise nicht länger als zwei Stunden dauern, da der Verbrauch an Konzentration höher ist als bei Präsenzveranstaltungen. Auch ist eine technische und inhaltliche Moderation geboten. Die Kommunikation und der Umgang mit der Technik müssen von den Teilnehmenden der Videokonferenz erst einmal erlernt werden, was in der Regel aber unkompliziert ist.

Für die Fraktionssitzungen der bündnisgrünen Kreistagsfraktion haben sich Videokonferenzen schon als ein geeignetes Mittel in der Corona-Krise erwiesen. Wir können weiterhin regelmäßig tagen und das, ohne lange Fahrtwege zwischen dem nördlichen und südlichen Barnim zurücklegen zu müssen. Auch nach Corona werden wir diese Möglichkeit weiterhin nutzen.

HEIKE WÄHNER, Fraktionsvorsitzende

*Lockdown = Ausgangssperre. Eine solche gab es im Unterschied zu anderen Ländern in der BRD nicht.

Streaming der StVV-Sitzungen

Eberswalde (bbp). Die FDP-Fraktion in der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung will eine Prüfung der »technischen Möglichkeiten für die Übertragung der öffentlichen Sitzungen der Stadtverordneten der Stadt Eberswalde als Live-Stream auf der Webseite der Stadt Eberswalde und ggf. eine spätere Abrufbarkeit dieser Aufzeichnungen« veranlassen. Die entsprechende Beschlußvorlage, über die am 28. Mai die Stadtverordnetenversammlung befinden wird, sieht vor, daß die Verwaltung spätestens in der Juni-Stadtverordnetenversammlung einen entsprechenden Sachstandsbericht gibt.

»Die durch die Corona-Krise verursachten, zum Teil massiven Einschränkungen öffentlicher Versammlungen«, heißt es in der Begründung, »machen auch vor den Sitzungen der Stadtverordneten nicht halt. Um trotzdem eine möglichst hohe Reichweite dieser Sitzungen zu erreichen, bietet es sich

an, diese Sitzungen als Live-Stream im Internet verfügbar zu machen. Diese Möglichkeit wird bereits von vielen Kommunen, den Landtagen und dem Bundestag genutzt.«

Die Politiker im Allgemeinen wie auch die Stadtverordneten im Konkreten würden sich zunehmend dem Vorwurf der fehlenden Transparenz ihres Handelns ausgesetzt sehen. Ein Live-Stream von einer Gremiensitzung und eine später abrufbare Aufzeichnung könne es interessierten Bürgerinnen und Bürger erleichtern, den Prozeß von Diskussionen und Entscheidungsfindungen nachzuvollziehen und politisch zu bewerten. »Dies gilt insbesondere für Bürgerinnen und Bürger«, so die FDP-Fraktion, »die z.B. auf Grund von Arbeit oder Familie an einer öffentlichen Sitzung persönlich gar nicht teilnehmen könnten«. Der Hauptausschuß stimmte dem Vorschlag bei 2 Enthaltungen zu.

Fraktionsbesprechung per Telefon

Eberswalde (bbp). Angesichts aktueller Beschränkungen hielt die Fraktion DIE PARTEI ALTERNATIVE FÜR UMWELT UND NATUR ihre jüngste Beratung zur Vorbereitung der Sitzungen des Hauptausschusses am 19. und der Stadtverordnetenversammlung am 28. Mai per Telefonkonferenz ab. Technische Unterstützung erhielt die Fraktion von Sebastian Fenske, der sich bei der Partei DIE PARTEI engagiert. Neben den beiden Stadtverordneten nahmen auch mehrere von der Fraktion benannte sachkundige Einwohner an der Beratung teil. Der Fraktionsvorsitzende Mirko Wolfgramm be-

richtete über die Beratungen mit dem Bürgermeister und über die Stadtverordnetenversammlung am 29. April. Danach wurden die beiden Beschlußvorlagen zur Atomwaffenfreiheit und zum Denkmalschutz für einen Wohnblock im Brandenburgischen Viertel sowie ein Änderungsantrag zum Kooperationsvertrag zwischen Land, Wohnungsgenossenschaft und Stadt besprochen. Auch die Entwicklung der Ortsteile und der Schutz vor Motorradlärm spielten eine Rolle. Es gab noch technische Mängel. Für die nächste Beratung will die Fraktion daher andere Lösungen nutzen.

Die destruktivste Form des Stadtumbaus

Fraktion DIE PARTEI ALTERNATIVE FÜR UMWELT UND NATUR fordert Verzicht auf Abriss

Eberswalde (bbp). Bereits im April 2019, unmittelbar vor der Kommunalwahl, hatte die alte Stadtverordnetenversammlung die Verwaltung beauftragt, mit dem Land Brandenburg und der Wohnungsgenossenschaft Eberswalde 1893 eG einen Kooperationsvertrag auszuhandeln, der im Entwurf von den Stadtverordneten bestätigt wurde. Der darin enthaltene Rückbau von drei Wohnblöcken – zwei sind inzwischen abgerissen – blieb damals ohne wesentlichen Widerspruch.

Die Wählergruppe DIE PARTEI ALTERNATIVE LISTE EBERSWALDE hatte sich im Kommunalwahlkampf 2019 dem Ziel verschrieben, den Abriss von intakten Wohngebäuden in Eberswalde und besonders im Brandenburgischen Viertel zu beenden. Nach einem Jahr sind nun die Verhandlungen zwischen Land, Genossenschaft und Stadt abgeschlossen und der Kooperationsvertrag – immer noch mit der Forderung, auch den dritten verbliebenen Wohnblock abzureißen – den Stadtverordneten zur Abstimmung vorgelegt. Den Mitgliedern der Wohnungsgenossenschaft fehlen übrigens ähnliche demokratische Mitwirkungsmöglichkeiten. Sie werden, das verkündete deren Aufsichtsratschef Jürgen Faust schon zur Vertreterversammlung 2019, bestenfalls im Nachhinein über die Ergebnisse »informiert«.

Gemäß dem Wahlversprechen der Wählergruppe hat die nunmehrige Fraktion DIE PARTEI ALTERNATIVE FÜR UMWELT UND NATUR einen Änderungsantrag eingereicht, mit dem der Verzicht auf den Abriss erreicht werden soll.

In der Sitzung des Hauptausschusses am 19. Mai wurde der Änderungsantrag mit 7 gegen 1

Stimme, bei einigen Enthaltungen, abgelehnt. Baudezernentin ANNE FELLNER hatte zuvor die Ablehnung empfohlen, da die Fördermittel des Landes an den Abriss gebunden seien. Die Frage des Fraktionsvorsitzenden MIRKO WOLFGRAMM, ob sie diese Behauptung belegen könne, verneinte die Dezernentin. Mirko Wolfgramm hielt es indes für nicht vorstellbar, daß Verhandlungen zwischen einer Kommune, dem Ministerium und einer dritten Partei nach den Regeln »des mittelalterlichen Viehmarktes« via Handschlag getätigt werden. »Der Rückbau ist die destruktivste Form des Stadtumbaus«, so Wolfgramm. Daher störe sich seine Fraktion am Rückbau des Blockes, während sie dem Hauptinhalt der Kooperationsvereinbarung durchaus positiv gegenüber stehe.

Darauf ging die Dezernentin nicht ein, wohl aber verwehrte sie sich gegen den gar nicht erhobenen Vorwurf, daß Verhandlungen der Stadt wie auf einem Viehmarkt getätigt werden. Der Kooperationsvertrag sei keineswegs destruktiv – was ebenfalls nicht die Aussage des Fraktionsvorsitzenden war –, sondern sei das »größte, beste, dickste, schönste Ding« für das Brandenburgische Viertel. Die folgende Klarstellung und auch die abermalige Forderung nach einem Beleg für das Abriss-«Muß» des Landes, ließ die Dezernentin schließlich unbeantwortet.

In der folgenden Diskussion zum unveränderten Kooperationsvertrag äußerten Die Linke zunächst finanzielle Bedenken, die von ökologischen Bedenken der Bündnisgrünen bezüglich der Brachflächen im Brandenburgischen Viertel ergänzt wurden. Am Ende befürwortete



FOTO: JÜRGEN GRANZOW

Der Wohnblock in Mitte soll abgerissen werden. Das Haus daneben wurde bereits »zurückgebaut« und riß eine Lücke in die Straßenfront zur Brandenburger Allee, einer der Hauptachsen im Kiez. So etwas nennt man Herstellung eines städtebaulichen Mißstandes.

ten sechs Hauptausschußmitglieder den Kooperationsvertrag, bei ein oder zwei Gegenstimmen und mehreren Enthaltungen.

Die Entscheidung über den Kooperationsvertrag wird am 28. Mai in der Stadtverordnetenversammlung fallen.

Denkmalschutz für Abrissblock

Eberswalde (bbp). Auf Vorschlag der Fraktion DIE PARTEI ALTERNATIVE FÜR UMWELT UND NATUR berät die Eberswalder Stadtverordnetenversammlung am 28. Mai darüber, den Wohnblock vom Typ P2 (»Schwedter Typ«) in der Brandenburger Allee 15-21 unter Denkmalschutz zu stellen. Der Bürgermeister soll beauftragt werden, sich bei der unteren Denkmalschutzbehörde dafür einzusetzen und alles ihm mögliche zu veranlassen, um einen Abriss des Gebäudes in der Brandenburger Allee 15-21 zu verhindern. Schließlich soll er »den derzeitigen Eigentümer dabei unterstützen, eine betriebswirtschaftlich machbare Lösung für den Erhalt des Gebäudes zu finden«.

Entsprechend des integrierten Entwicklungskonzeptes für das Brandenburgische Viertel schreitet die Sanierung der Wohngebäude im Viertel erfolgreich voran, begründet die Fraktion ihren Vorstoß. »Durch den Einsatz der Stadt Eberswalde und der im Brandenburgischen Viertel ansässigen Wohnungsunternehmen haben

sich für viele Bewohnerinnen und Bewohner die Wohnbedingungen erheblich verbessert. Die Sanierungsmaßnahmen bewirkten zum Teil erhebliche Veränderungen an den ursprünglichen Wohngebäuden im Viertel.«

Inzwischen gebe es kaum noch Wohnblocks vom Typ P2 im ursprünglichen Zustand. Einer dieser wenigen noch annähernd im Originalzustand vorhandenen Wohnblocks des Typs P2 befindet sich in der Brandenburger Allee 15-21. »Der Eigentümer sieht für diesen Wohnblock keine Zukunftsperspektive und plant aus betriebswirtschaftlichen Gründen in naher Zukunft den Abriss«, stellt die Fraktion fest. Für den derzeitigen Eigentümer bestünden aufgrund der betriebswirtschaftlichen Zwänge kaum Spielräume, auf einen Abriss zu verzichten.

»Dies steht jedoch im Widerspruch zu dem gesamtgesellschaftlichen Interesse, auch in der Stadt Eberswalde die einst prägende Architektur in dem größten Neubauviertel der Stadt zumindest in einem Beispielobjekt zu erhalten. Zumal der Abriss

mitten an einer der Haupttrassen des Viertels auch die städtebauliche Struktur des Viertels nachhaltig zerstört. Diesem Erhaltungsziel würde eine Aufnahme des Wohnblocks in die Denkmalliste dienen.«

Um den derzeitigen Eigentümer aus seinen aktuellen betriebswirtschaftlichen Zwängen zu befreien, sollte die Stadt Eberswalde nach Meinung der Einreicherfraktion Unterstützung geben, um eine betriebswirtschaftlich machbare Lösung für den Erhalt des Gebäudes zu finden.

Dies könne beispielsweise die vorübergehende Übernahme des Objekts in städtisches Eigentum sein »oder die Hilfe für Initiativen, die den bereits jetzt ausgeprägten Charakter des Hauses als Kiez-Kulturhaus dauerhaft erhalten wollen und sich für eine denkmalgerechte Erhaltung und Sanierung des Gebäudes einsetzen«.

Im Kulturbeirat der Stadt Eberswalde, der am 14. Mai zusammentrat, stieß der Vorschlag übrigens auf positive Resonanz, auch wenn dort das Verständnis für die Dringlichkeit wenig präsent war. Mehrheitlich sprach man die Hoffnung aus, daß die Genossenschaft als Eigentümerin positiv auf den Vorschlag reagiert.

Georgskapelle:

Vergabefehler verzögert

Eberswalde (bbp). Die Mauerarbeiten zur Sanierung der Hospitalkapelle Sankt Georg an der Breiten Straße verzögern sich. Grund sei ein technischer Fehler beim Vergabeverfahren, da eine elektronische Nachricht nicht korrekt an einen der Bieter übermittelt wurde, so Baudezernentin Anne Fellner auf eine Frage der Stadtverordneten Katja Lösche (SPD/BfE). Der Bieter konnte daher keine Angaben zu einer der Aufgaben machen, weshalb sein Preis nicht mit denen der anderen Bieter vergleichbar war. Daher wurde eine Neuausschreibung fällig. Zur Dauer der Verzögerung, nach der sich Götz Trieloff (FDP) erkundigte, konnte die Dezernentin keine Angaben machen. Sie versicherte, daß es Ziel der Verwaltung sei, auch aufgrund der bereits gewährten Fördermittel, die Vergabe so schnell wie möglich abzuwickeln. Die Neuausschreibung laufe und die Zeiten würden so verkürzt werden, wie dies gesetzlich zulässig ist.

Zusätzlicher Streetworker

Eberswalde (bbp). Vor sechs Jahren hatte es der damaligen Fraktion DIE LINKE/ALLIANZ FREIER WÄHLER (aus der 2014 die ALTERNATIVE LISTE EBERSWALDE, heute DIE PARTEI ALTERNATIVE FÜR UMWELT UND NATUR hervorging) viel Mühe gekostet, um den Vorschlag für zusätzliche städtisch finanzierte Sozialarbeit an den Eberswalder Grundschulen umzusetzen. Inzwischen handelt es sich um ein etabliertes Thema. So gab es jüngst einen gemeinsamen Eilvorstoß von Linken, SPD/BfE, Bündnisgrünen und CDU zur »kurzfristigen Sicherung der im Dezember beschlossenen Erweiterung der personellen Kapazitäten in der Brennpunkt bezogenen Jugendsozialarbeit«. Nach wie vor handelt es sich hier eigentlich um eine Kreislaufgabe.

Der Sozialdezernent Prof. Dr. JAN KÖNIG informierte, daß Anfang April die Stiftung SPI den Zuschlag bekommen habe und die Stelle ab Mai, spätestens jedoch ab Juni 2020 besetzt und in das bestehende Team der Streetworker integriert werde. So könne dann gewährleistet werden, daß der Aufgabenbereich an 6 Tagen in der Woche von mittags bis in die späten Abendstunden hinein abgedeckt wird. Der Änderungsantrag zum Haushalt vom Dezember werde damit umgesetzt.

Sollte sich herausstellen, daß zeitliche Verlagerungen notwendig und sinnvoll sind, werden die Dienstzeiten entsprechend angepaßt, sagte König zu. Dabei erfolge »grundsätzlich eine enge Abstimmung zwischen dem städtischen Ordnungsamt und den Streetworkern hinsichtlich der zu besuchenden Orte«. Die Jugendlichen würden über die aktuellen Lagen informiert und auch darüber, welche Konsequenzen sich daraus ergeben.

Die Einreicher zogen aufgrund dieser Informationen ihre Eilvorlage zurück.

Eberswalder StVV-Vorsitzender Martin Hoeck:

Für handlungsfähige Gremien

Im Mai berichtete die »Barnimer Bürgerpost« über eine Beratung des Bürgermeisters mit den Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung Martin Hoeck und des Hauptausschusses Götz Herrmann sowie den Fraktionsvorsitzenden und dem fraktionslosen Stadtverordneten, in dem über die künftige Verfahrensweise in den kommunalpolitischen Gremien beraten und beschlossen wurde.

Da es sich um keine öffentliche Veranstaltung handelte und auch keine Niederschrift angefertigt und veröffentlicht wurde, mußte sich die Redaktion auf die Berichte Dritter verlassen. Leider hatte sich bei der Wiedergabe der Diskussion ein bedauerlicher Fehler eingeschlichen. Wir schrieben, daß der StVV-Vorsitzende MARTIN HOECK für eine verkleinerte Stadtverordnetenversammlung mit Beibehaltung des Proporz warb und sich auch mit dem Vorschlag von GÖTZ HERMANN anfreunden könne, der die Aufgaben der Stadtverordneten an den Hauptausschuß übertragen wollte. Tatsächlich hat Martin Hoeck diese Ideen lediglich auf Bitten verschiedener Fraktionen vorgetragen und zur Diskussion gestellt.

Martin Hoeck machte gegenüber der BBP-Redaktion deutlich, daß er sich mit diesen Ideen keinesfalls anfreunden könne. »Ganz im Gegenteil: Mein oberstes Ziel ist es, daß die Stadt-

verordnetenversammlung tagen kann! Deswegen habe ich sie zum 29. April 2020 auch einberufen. Auf der Sitzung habe ich auch gegen den Vorlagebeschluß der Fraktion DIE LINKE gestimmt, die eine Aufgabenübertragung auf den Hauptausschuß vorsah.«

Auch auf der Stadtverordnetenversammlung am 29. April (nach Drucklegung der Mai-Ausgabe) positionierte sich Martin Hoeck noch einmal »ganz klar für die Aufrechterhaltung der Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit durch die StVV«. Dabei mache er sich auch Gedanken, wie alle Stadtverordneten einbezogen werden können – auch jene, die aufgrund besonderer Gefährdung nicht an den Sitzungen teilnehmen können oder wollen.

Wir bedauern die fehlerhafte Wiedergabe und stellen dies hiermit richtig.

GERD MARKMANN,

Redakteur der »Barnimer Bürgerpost«

Entmachtung abgelehnt

Eberswalde (bbp). Per Eilantrag, dessen Behandlung die Stadtverordneten mehrheitlich befürworteten, wollte die Fraktion Die Linke in der StVV-Sitzung am 29. April erreichen, daß die Stadtverordneten mit gesetzlicher Mehrheit feststellen, »daß eine ordnungsgemäße Sitzung der Stadtverordnetenversammlung auch bei Anwendung der Möglichkeiten der §§ 5 bis 7 Bbg-KomNotV (Präsenzsitzung, Videositzung, Audiositzung) unter Berücksichtigung der politischen Mehrheitsverhältnisse bis zum 30. Juni 2020 nicht mehr möglich« sei.

Die Linke plädierte deshalb dafür, auf der Grundlage der kommunalen Notlagenverordnung, die meisten Aufgaben der StVV auf den Hauptausschuß zu übertragen. Hierzu gehören die Bestellung von Vertretern in Unternehmen, Vereinen und ähnlichem, des Leiters und

der Prüfer des Rechnungsprüfungsamtes, Entscheidungen über die Erweiterung der Aufgaben des Rechnungsprüfungsamtes, der Übernahme neuer freiwilliger Aufgaben, Beschlüsse über die Hauptsatzung und über ein Haushaltssicherungskonzept, zu über- und außerplanmäßigen Ausgaben, über sämtliche Vermögensgeschäfte, die über Geschäfte der laufenden Verwaltung hinausgehen, Abschluß von Vergleichen und öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen sowie über den Höchstbetrag der Kassenkredite.

Die Begründung sollte mündlich zur Beratung des Tagesordnungspunktes erfolgen, wurde aber nicht in der Niederschrift festgehalten. Am Ende lehnte die Stadtverordnetenversammlung diesen Beschluß zur eigenen Entmachtung mehrheitlich ab.

Aushängeschild »Behinderung«

Nach eigener Aussage bemüht sich die Stadtverwaltung Eberswalde »als moderne Serviceeinheit«, regelmäßig PCs, Notebooks und Drucker zu entsorgen, die nicht mehr auf dem Stand der neuesten Technik sind. Das bedeutet, daß regelmäßig neueste PCs, Notebooks und Drucker eingekauft werden. Doch wohin mit den alten Geräten? Statt auf einheimische IT-Firmen zurückzugreifen, kooperiert die Verwaltung mit der europaweit agierenden AFB-GROUP mit Sitz in Düren bei Köln. Das Unternehmen preist ihre Dienstleistung als Imagegewinn für die Kunden an, weil von aktuell 440

Mitarbeitern 198 Angestellte, weniger als die Hälfte, eine Behinderung vorweisen können. Neben der fachgerechten Verschrottung und Wiederverwertung, für das das Label »green« in Anspruch genommen wird, kann sich das Unternehmen auf diese Weise mit dem Label »social« schmücken. Diesen Imagevorteil will künftig auch die Stadtverwaltung Eberswalde beanspruchen.

Ob das Amt des Bürgermeisters und die Stellen der Dezernenten zukünftig mit Menschen mit Behinderung besetzt werden, stand zu Redaktionsschluß noch nicht fest. J.G.

Erweiterung Grundschule Finow Wegenetzkonzept

Eberswalde (bbp). In der Grundschule Finow ist es eng. Daher wird seit geraumer Zeit über einen Erweiterungsbau diskutiert. Im April lag eine entsprechende Beschlussvorlage dem Hauptausschuß vor, die aber von der Verwaltung zurückgezogen wurde. LUTZ LANDMANN (SPD/BfE) erkundigte sich nach dem Warum und dem Stand. Beabsichtigt war, die Aufgabe auf die stadteigene Wohnungs- und Hausverwaltungs-GmbH (WHG) zu übertragen.

Der Sozialdezernent Prof. Dr. JAN KÖNIG informierte, daß die Vorlage zur Vergabe an die WHG vorsorglich auf die Tagesordnung kam, weil noch nicht klar war, welche Gremien in absehbarer Zeit tagen. Inzwischen sei klar, daß in der Kürze der Zeit das erforderliche Vergabe-

verfahren nicht ordentlich vorgenommen werden konnte. Aufgrund einer aktuellen Hochrechnung der Schülerzahlen bis 2030 seien aktuell eine Ausgabeküche, ein Speiseraum für etwa 120 bis 150 Kinder, ein Personal-WC, ein Lagerraum sowie multifunktionale Klassenräume vorgesehen. Ziel sei, den sich ergebenden Bedarf abzudecken. Derzeit werde die Vorplanung erstellt, anhand derer dann konkretere Aussagen getroffen werden können. Nach Abschluß der Vorplanung könne dann das Vergabeverfahren vorgenommen werden.

Zur Anregung von VIKTOR JEDE (Bündnis Eberswalde), auch ein WC für die Kinder vorzusehen, teilte der Dezernent mit, daß dies bereits berücksichtigt werde.

Eberswalde (bbp). Im »Report – Magazin für Stadtentwicklung« vom Frühjahr 2020 veröffentlichte HEIKE PANKRATH vom Eberswalder Stadtentwicklungsamt eine kurze Notiz, daß die Stadtverwaltung ein Wegekonzept für das Brandenburgische Viertel in Auftrag gegeben hat. SILKE LEUSCHNER, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, ergänzte auf Nachfrage, daß sich die Erarbeitung des Wegekonzeptes direkt aus den zur Umsetzung beschlossenen aktuellen Konzepten fürs Brandenburgische Viertel ergab, wie z.B. das Stadtteilentwicklungskonzept oder das Integrierte Entwicklungskonzept (Soziale Stadt). »Bei der Entwurfserstellung sind bereits eine Vielzahl von Meinungen, Informationen und Stellungnahmen berücksichtigt worden.«

Allerdings habe die aktuelle Situation (Corona) einige geplante Abläufe verzögert. Neben der Präsentation des Entwurfes in den Gremien der Stadtverordnetenversammlung soll auch die Öffentlichkeit informiert werden. Vorgesehen ist aktuell, das im Juni 2020 zu realisieren. Nach diesen Informationen können auch noch Hinweise und Stellungnahmen eingereicht werden, so die Amtsleiterin. Im Herbst 2020 könne die Beschlussfassung durch die StVV folgen, »die dann Grundlage für die schrittweise Umsetzung des Konzeptes sein wird.«

Das Konzept soll eine Verbesserung und Optimierung der Wegebeziehungen für alle Altersgruppen darstellen. Es soll im Ergebnis dazu dienen, die vielfältigen Mängel sowie kleine und größere Mißstände bei der alltäglichen Inanspruchnahme der verschiedenen Fuß- und Radwege, Freiflächen, Straßenquerungen und Übergänge schrittweise zu beseitigen.

Das Konzept soll auch eine Empfehlung für ein Wegeleitsystem für den öffentlichen als auch den privaten Raum geben.

Photovoltaik auf kommunalen Dächern

Eberswalde (bbp). Im Zuge der Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes und der Kooperationsvereinbarungen mit den Kreiswerken Barnim (KWB) wurden Dachsanierungen für die Sporthalle »Heidewald« und für die Grundschule »Schwärzensee« im Brandenburgischen Viertel realisiert. Für die Stadt Eberswalde gebe es dort in den kommenden 25 bis 30 Jahren keinen Sanierungsbedarf. Wie die Eberswalder Baudezernentin Anne Fellner mitteilte, erhalte daher die KWB-Tochter Barnimer Energiebeteiligungsgesellschaft mbH (BEBG) eine Genehmigung zur Installation von Photovoltaikanlagen auf den instandgesetzten Dächern.



Foto: THOMAS GADTCHKE

Kürzlich wurde das Dach der Sporthalle »Heidewald« erneuert. Künftig soll dort Solarstrom erzeugt werden.

Unkalkulierbare Stadtfinanzen

Eberswalde (bbp). Über die Höhe der Mindereinnahmen infolge der Corona-Pandemie konnte die Stadtverwaltung in der Stadtverordnetenversammlung am 29. April noch keine Auskunft geben. Vor allem die Mindereinnahmen sind noch nicht kalkulierbar.

Bislang rechnet die Eberswalder Kämmerei bei der Gewerbesteuer gegenüber dem Plan mit knapp 5 Millionen Euro weniger Einnahmen. Auch das ist aber nur vorläufig. Zu anderen Einnahmearten gibt es noch keine Angaben, allerdings ist sowohl bei den Gemeindeanteilen an der Einkommenssteuer als auch an der Umsatzsteuer mit geringeren Einkünften zu rechnen. Auch bei der Vergnügungssteuer, verschiedenen Eintrittsgeldern, Benutzungsgebühren und Mieten (insbesondere für Veranstaltungen) sei mit Einbußen zu rechnen. Außerdem kommen auf die Stadtverwaltung Mehrausgaben zu, nicht zuletzt wegen der Schutzmaßnahmen für die Mitarbeiter.

Die Kämmerei, versicherte Bürgermeister Friedhelm Boginski, beobachte die finanzielle Lage ständig. Er lobte in diesem Zusammenhang die »vorsichtige Haushaltspolitik der vergangenen Jahre«. Verantwortlich dafür war nicht zuletzt der 2016 entlassene einstige Verwaltungsdezernent Bellay Gatzlaff. Dies zahle sich jetzt aus, da man im Unterschied zu anderen Kommunen derzeit davon ausgehen könne,

»daß eine vorläufige Haushaltsführung nicht in Betracht kommt«. Einen ersten Überblick über die realen Zahlen könne es erst ab Juli 2020 geben, nach Abschluß des 2. Quartals.

Boginski teilte auch mit, daß man konzeptionelle Ideen erarbeiten werde, »um die sozialen Verwerfungen abfedern zu können«. Er bittet hierzu um Vorschläge seitens der Fraktionen. Auch werde überlegt, »wie gemeinnützige Organisationen, lokale Initiativen, der Einzelhandel und die Gastronomie unterstützt werden können, um das innerstädtische Leben und die kommunale Wirtschaft aufrechtzuerhalten«. Boginski appellierte, insgesamt mit Umsicht zu agieren, um kein Risiko einzugehen.

Insgesamt 81 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung haben die Möglichkeit der Heimarbeit in Anspruch genommen, davon 21 einschließlich der Kinderbetreuung. Einige Mitarbeiterinnen sind auch unter voller Lohnfortzahlung freigestellt worden, weil sie keinen Anspruch auf Notbetreuung ihrer Kinder geltend machen konnten, obwohl dies notwendig gewesen wäre.

Fördergelder

Eberswalde (bbp). Für den Anschluß des nördlichen Treidelweges an die Stadtpromenade erhielt die Stadtverwaltung kürzlich einen Fördermittelbescheid für etwa 180.000 Euro. Es handele sich um eine 80%-Förderung, informierte die Baudezernentin am 29. April die Stadtverordneten. Das Gesamtvolumen für den Bau beträgt somit etwa 224.000 Euro.

Ein weiterer Bescheid bestätigt den Zuschuß für den Geh- und Radweg an der Brücke »Altes Heizwerk«. 630.000 Euro sollen hier verbaut werden, davon 500.000 Euro Fördermittel. Mit dieser Baumaßnahme, so Fellner, könne auch Industriekultur in Eberswalde erhalten werden.

Einen dritten Förderbescheid von 1,04 Millionen Euro gab es für das Teilprojekt Inklusion der Bruno-H.-Bürgel-Schule. Hier beträgt das Gesamtvolumen 1,3 Millionen Euro.

Insgesamt könnten Bauprojekte mit einem finanziellen Gesamtvolumen von 2,15 Millionen Euro realisiert werden, bei einem kommunalen Eigenanteil von rund 450.000 Euro.

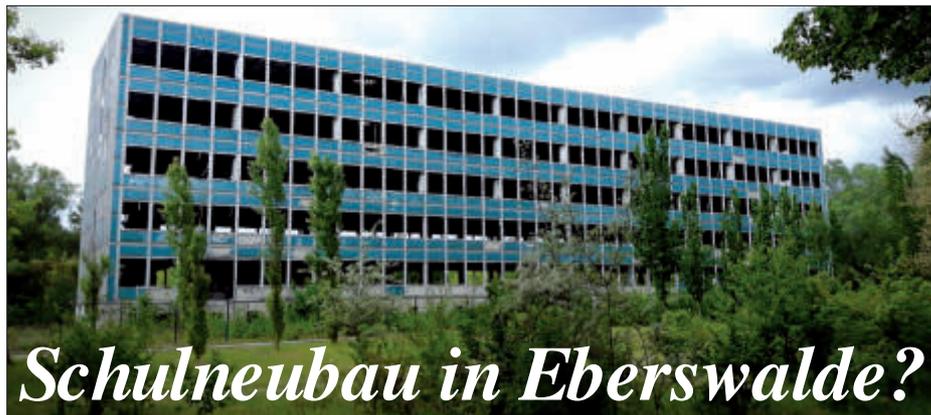
Reines Verwaltungshandeln

Eberswalde (bbp). Die Eberswalder Baudezernentin ANNE FELLNER hat auf Nachfrage des Stadtverordneten CARSTEN ZINN (fraktionslos) klar gemacht, daß der sogenannte Runde Tisch »Geh- und Radwegsanierung« keine Beschlüsse faßt. Bei der Erarbeitung der Prioritätenliste handele es sich »um reines Verwaltungshandeln«.

Der Runde Tisch werde auf den Herbst verschoben. Erwogen wird eine Beteiligung im Umlaufverfahren. Ähnliches gelte auch für andere Beteiligungsverfahren unter Einbeziehung der Eberswalder Bevölkerung, die in diesem Jahr vorgesehen waren. Auch hier werde nach anderen Formaten gesucht, um die Fortschreibung der entsprechenden Konzepte voranzubringen.

Zu Straftätern erklärt

Eberswalde (bbp). Einige Geflüchtete aus dem Barnim haben Strafbefehle bekommen. Vorgeworfen wird ihnen entweder »illegal« nach Deutschland eingereist zu sein oder sich »illegal« in Deutschland aufgehalten zu haben. Die Initiative BARNIM FÜR ALLE protestiert dagegen, daß die Geflüchteten so zu Straftätern erklärt werden und organisiert mit einer Spendenaktion Solidarität. Genannt werden zwei Geflüchtete aus Sudan, von denen einer ohne Papiere eingereist sei und der andere erst zwei Wochen nach Ablauf seines Visums Asyl beantragt hat. Beide haben sich selbst gemeldet, um Schutz zu finden, bekamen statt dessen Strafanzeigen. »Die deutschen Behörden gehen immer massiver gegen Geflüchtete vor. Statt den hier lebenden Menschen das Ankommen zu erleichtern, werden sie sogar zu Straftätern abgestempelt!« sagt Thomas Janoschka von der Initiative BARNIM FÜR ALLE.



Schulneubau in Eberswalde?

Eberswalde (bbp). Womöglich tut sich bald etwas mit den Ruinen an der Eberswalder Straße, die einst als Ledigenwohnheime fungierten und in denen später Arbeits- und Finanzamt ihren Sitz hatten.

Der fraktionslose Stadtverordnete CARSTEN ZINN hatte bereits in der Einwohnerfragestunde des Hauptausschusses am 7. April danach gefragt, ob es stimme, daß diese »Schrottimobilien« durch den Landkreis Barnim als Schulcampus entwickelt werden sollen. Er erbat eine entsprechende Information zum aktuellen Sachstand in der Stadtverordnetenversammlung (StVV) am 29. April.

Falls es so eine Information gab, dann wurde diese im nichtöffentlichen Teil gegeben. In der öffentlichen Niederschrift findet sich jedenfalls nichts dazu. Dafür steht nun in den aktuellen Sitzungen von Hauptausschuß (19.5.) und StVV (28.5.) im nichtöffentlichen Teil eine von der Baudezernentin eingereichte Beschlusvorlage »Neuer Schulcampus des Landkreises Barnim in Eberswalde« zur Beratung und Beschlußfassung. Wieso eine so wichtige öffentliche Angelegenheit wie der Neubau eines Schulcampus' unter Ausschluß der Öffentlichkeit entschieden wird, erschließt sich aus den bekannt gewordenen Informationen nicht.

Auf dem Areal an der Eberswalder Straße sollten zuletzt vor etwa zehn Jahren gegen den Willen der Stadt und der Stadtverwaltung Einraumwohnungen für sozial schwache und anderweitig benachteiligte Menschen entstehen. Die Betreibergesellschaft, ein bundesweit agierender Krankenhauskonzern, hatte bereits mit dem Entkernen und der Entfernung der bunten Glasfassaden begonnen, nahm dann aber Abstand von dem Vorhaben.

Seitdem marodieren die Gebäuderuinen vor sich hin. Die Stadtverwaltung versuchte den städtebaulichen Mißstand vor einigen Jahren durch das Anpflanzen von Gehölzen so gut wie möglich wenigstens vor den Blicken Vorbeifahrender zu verbergen.

Irritierend an dem Vorhaben, einen neuen Schulcampus in Eberswalde zu bauen, wirkt vor allem der Umstand, daß in den vergangenen Jahren in unmittelbarer Nähe fünf Schulgebäude abgerissen wurden. Vier der fünf Schulen im Brandenburgischen Viertel und eine der beiden Schulen in Finow-Ost.

Menschenverachtende Verwaltungslogik

Obdachlose sind Menschen in Not, mag man meinen. In der Brandenburgischen Verfassung gibt es sogar einen eigenen Artikel (Artikel 47), der von einem Recht auf eine angemessene Wohnung ausgeht. Wohnungsräumungen darf es im Land Brandenburg nur geben, wenn Ersatzwohnraum zur Verfügung steht, wobei auch hier nochmal auf »die Bedeutung der Wohnung für die Führung eines menschenwürdigen Lebens« hingewiesen wird, was bei einer Abwägung der Interessen »besonders zu berücksichtigen« ist.

In Eberswalde scheint dies nicht zu gelten oder zumindest nicht im Vordergrund zu stehen. Für das Ordnungsamt der Stadt Eberswalde stellt Obdachlosigkeit vielmehr in erster Linie »eine Störung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit« dar. Menschen, die obdachlos sind oder von Obdachlosigkeit bedroht sind, werden deshalb mit einer »Ordnungsbehördlichen Verfügung« bedacht.*

In der »ordnungsbehördlichen Verfügung« steht nichts davon, daß »Ersatzwohnraum« zur Verfügung gestellt wird, um »für die Verwirklichung des Rechts auf eine angemessene Wohnung zu sorgen« und »die Bedeutung der Wohnung für die Führung eines menschenwürdigen Lebens« zu berücksichtigen. Hier geht es nicht um Hilfe für in Not geratene Mitmenschen. Der Obdachlose wird reduziert auf einen Störer der öffentlichen Ordnung und Sicherheit. Faktisch werden ihm damit seine Würde als Mensch und die damit zusammenhängenden verfassungsmäßigen Rechte genommen. Eine menschenverachtende Verwaltungslogik.

Übrigens kommt diese ordnungsbehördliche Verfügung ohne Nennung der Rechtsgrundlagen aus. Vielleicht gibt es keine. Um die Landesverfassung kann es sich jedenfalls nicht handeln, denn dort geht es ja um ein menschenwürdiges Leben und nicht um die Denunziation von Obdachlosen als Störer.

Zugleich ziemlich ambitioniert sind die Entgeltforderungen, die gemäß der Verfügung dem Obdachlosen für das befristete Nutzungsrecht einer Unterkunft abverlangt werden. Für eine offensichtlich arg heruntergekommene Einraumwohnung in einem unsanierten Wohnblock im Brandenburgischen Viertel verlangte das Ordnungsamt eine Nutzungsentschädigung von 7,24 Euro pro Quadratmeter mit der ausdrücklichen Bemerkung, daß Nebenkosten wie Strom und Gas nicht enthalten sind.

Den einzelnen Mitarbeitern im Ordnungsamt kann dies sicher nur bedingt vorgeworfen werden. Sehr wahrscheinlich handelt das Ordnungsamt entsprechend der Richtlinien und Vorgaben übergeordneter Ordnungsbehörden. Die kaltherzige Mißachtung der Verfassung trägt Systemcharakter.

GERD MARKMANN

* Eine solche Verfügung des Ordnungsamtes der Stadt Eberswalde liegt der Redaktion vor.

Politikverweigerung der Landesregierung:

Rauchzeichen des Petitionsausschusses

von Hartmut Lindner

Aus der Korrespondenz mit der Landesregierung zum aktuellen Stand des Konflikts um die 380kV-Freileitung Bertikow-Neuenhagen

Der Konflikt um die von 50 Hertz Transmission GmbH geplante 380kV-Freileitung von Bertikow (bei Prenzlau) über Vierraden nach Neuenhagen (bei Berlin) durch das Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin, drei hochwertige europäische Vogelschutzgebiete (SPA), die Stadt Eberswalde und den Naturpark Barnim (die BBP berichtete kontinuierlich) geht ins zwölfte Jahr.

Vor sechs Jahren hat der NABU-Brandenburg, angeregt durch die Bürgerinitiative, vor dem Bundesverwaltungsgericht geklagt und 2016 ein Urteil erstritten, in dem die Rechtswidrigkeit und Nichtvollziehbarkeit des Planfeststellungsbeschlusses von 2014 erkannt wurde. Das Bundesverwaltungsgericht hat 50 Hertz die Möglichkeit eingeräumt, in einem Planergänzungsverfahren den Nachweis zu liefern, daß die Belange des Vogelschutzes durch das Vorhaben nicht erheblich beeinträchtigt werden. Ein Vorhaben, das der Quadratur des Kreises gleicht.

Die Bürgerinitiative hat im Abschluß an die Veröffentlichung der schriftlichen Urteilsbegründung im April 2016 gemeinsam mit den Städten Eberswalde und Angermünde und den betroffenen Ämtern BCO und Joachimsthal an Ministerpräsident Woidke appelliert, sich in den Konflikt einzuschalten und einen runden Tisch zur Lösung des Konflikts zu moderieren. Der Ministerpräsident griff diesen Appell nicht positiv auf. Die 380kV-Freileitung war für ihn wohl ein zu heißes Eisen.

In den folgenden vier Jahren bemühte sich 50 Hertz intensiv um den vom Gericht geforderten Nachweis und das Landesbergamt führte die erforderlichen Beteiligungsverfahren durch, wobei die Verfahren aus unserer Sicht wegen der fragwürdigen Terminierung des Erörterungstermins und der schleppenden Gewährung von Akteneinsicht nicht immer ganz sauber waren. Die BI nutzte die Beteiligungsrechte, um gestützt auf ihre Experten, gegen die Ausführungen von 50 Hertz Einwendungen vorzubringen. Zugleich gewannen wir einen Eindruck von der Fragwürdigkeit der vom Vorhabenträger vertretenen Argumentation und den Chancen einer Klage gegen einen neuen Planfeststellungsbeschluß, der sich auf diese Argumentation stützen und unsere Einwände vom Tisch wischen würde.

Die Bildung einer neuen Landesregierung unter Einbeziehung der Grünen und der Passus im Koalitionsvertrag, daß die Großschutzgebiete gestärkt werden sollten, veranlaßte den Sprecher der BI im Januar 2020 zu einer neuen politischen Initiative, an den Minister für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz (MLUK) Axel Vogel zu appellieren:

»Es droht ... angesichts der Verhärtung des Konflikts die Fortsetzung der juristischen Auseinandersetzung. Unsere Vorschläge zur Lösung des Konflikts sind bekannt und in das Verfahren eingespeist, wurden bisher aber nicht gebührend berücksichtigt.

In dieser Situation bitte ich Sie um geeignete Schritte zu einer politischen Lösung des Konflikts unter Einbeziehung der Vertreter aller Beteiligten.«

Am 9. März 2020 erhielt die BI eine Antwort aus dem Ministerium:

»Wir haben Verständnis für Ihren Ansatz, die von Ihnen genannten Belange in die Planung einfließen zu lassen und eine Auseinandersetzung im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens und nicht erst danach vor Gericht zu führen.

Wir haben deshalb Kontakt zum Wirtschaftsministerium aufgenommen, um den Sachstand zu erfragen und die Möglichkeiten eines Gespräches zur Diskussion Ihrer Einwendungen im laufenden Verfahren zu erörtern. Das Wirtschaftsministerium hat uns mitgeteilt, daß das Verfahren allerdings bereits so gut wie abgeschlossen, jedenfalls für eine Erörterung zu weit vorangeschritten sei.«

Das ist für uns nun kein Grund, um über die Grünen herzufallen, denn es ist offenkundig, daß es nicht an den Grünen liegt, daß unsere Initiative keinen Erfolg hatte, sondern am federführenden Wirtschaftsministerium, das schon 2016 unseren Appell an den Ministerpräsidenten ins Leere laufen ließ. Der Einfluß der Grünen in einer Dreierkoalition ist eben begrenzt. Festzuhalten ist aber ein Politikversagen der Landesregierung.

Der Sprecher der BI hat in seiner Antwort auf das Schreiben des MLUK am 11.3.2020 noch einmal die Vorschläge zur Lösung des Konflikts dargelegt. Dazu gehören im einzelnen:

Die teilweise Erdverkabelung in sensiblen Gebieten:

- bei der Querung der Stadt Eberswalde, auf der Grundlage einer Machbarkeitsstudie von 50 Hertz

- teilweise Erdverkabelung im Gebiet um Landin (SPA) auf der Grundlage einer Vorstudie von 50 Hertz, die beim Versuch einer außergerichtlichen Einigung im Bundesverwaltungsgericht von 50 Hertz vorgestellt wurde

- teilweise Erdverkabelung zwischen Schmarendorf-Klein Ziethen und Buchholz, auf der Grundlage der Machbarkeitsstudie von entera, die ins Planergänzungsverfahren eingeführt wurde

- die teilweise Erdverkabelung bei der Querung von Senftenhütte und der Golzower Niederung

- teilweise Erdverkabelung im sensiblen Bereich des Randow-Welse-Bruchs

- alternativ dazu: Neutrassierung ab dem Bereich Mürow mit einer teilweisen Erdverkabelung parallel zur EUGAL bis Oderberg. Ab

Oderberg Führung der Leitung als Freileitung auf der Trasse der zurückgebauten 110kV-Freileitung bis Grünthal. Die Schneise ist noch vorhanden, sie müßte stellenweise ausgeweitet werden. Diese Variante hätte den Vorzug, daß sie die Querung der Stadt Eberswalde vermeidet und auch zu einer Entlastung von Angermünde und des Biosphärenreservats insgesamt führen würde.

Es sind auch noch andere Varianten denkbar, die in ernsthaft geführten Gesprächen erörtert werden könnten.

50 Hertz behauptet, daß wegen des bestehenden Netzengpasses im Nordosten Brandenburgs jährlich zwischen 30 und 40 Mio. Euro an Einspeisevergütung für nicht genutzten Strom bezahlt werden müßten und es deshalb keine Zeit für Umplanungen gebe.

Dieses »Argument« fällt auf 50 Hertz zurück, denn das Unternehmen hat sich in dem Konflikt nicht bewegt und die Zeit eben nicht genutzt. Diese intransigente Haltung darf nicht honoriert werden, indem man sich jetzt auf schlechte Kompromisse oder gar auf einen Verzicht der Schutzmaßnahmen einläßt.

Das ist Altmeiers Dilemma, der den Netzausbau beschleunigen will, aber nichts unternimmt, um verhärtete Konflikte aufzulösen, wenn die Planung weit fortgeschritten ist. Gemäß seiner Maxime, Geld ist nicht alles, aber Zeit schon.

Deshalb hat er es auch abgelehnt, sich mit dem EnLAG-Projekt 3 zu befassen.

Es wäre auch zu wünschen, wenn sich die Landesregierung um die Aufnahme des Leitungsbauvorhabens Bertikow-(Vierraden)-Neuenhagen in den Katalog der Pilotprojekte zur Erdverkabelung einsetzen würde. Das wurde von der Regierung Platzzeck seinerzeit versucht, war aber im Bundesrat gescheitert.

Es ist im Petitionsausschuß eine entsprechende Petition der BI anhängig.

Diese Petition an den Bundestag vom Winter 2018, die auf eine Aufnahme des Leitungsbauvorhabens in den Katalog der Pilotprojekte zur Erdverkabelung im Energieleitungsausbaugesetz zielt, ist noch anhängig. Am 22.4.2020 erhielt die BI ein Schreiben des Petitionsausschusses des Bundestags, daß die Ermittlungen, die zur Bearbeitung der Petition erforderlich waren, abgeschlossen sind und nach der Behandlung im Petitionsausschuß die Entscheidung mitgeteilt werde.

Rauchzeichen aus dem Bundestag. Wie sind sie zu deuten?

Nicht über unsere Köpfe!

Beteiligungsprojekt

Eberswalde (bbp). Abstand halten. Diese Regel galt auch für die Veranstaltung am Tag der Befreiung vom Faschismus, der sich in diesem Jahr zum 75. Mal jährte. Am 8. Mai eröffneten um 10 Uhr Bürgermeister FRIEDHELM BOGINSKI und WALDEMAR HICKEL von der Brandenburgischen Freundschaftsgesellschaft das stille Gedenken an sowjetischen Ehrenmal auf dem Eberswalder Waldfriedhof. Bis 16 Uhr kamen zahlreiche Eberswalderinnen und Eberswalder, um Blumen und Kränze niederzulegen und an die bei der Befreiung gefallenen Sowjetsoldaten zu erinnern.

Auf Initiative des Bürgermeisters organisierte die Stadtverwaltung ein Beteiligungsprojekt, bei dem die Bürgerinnen und Bürger Eberswaldes ihre Gedanken, Wünsche und Erinnerungen, die sie mit der Zeit vor 75 Jahren verbinden, mitteilen konnten. Die eingereichten Beiträge sollen anschließend, heißt es in einer Mitteilung der Stadtverwaltung, in angemessener Art und Weise zusammengestellt und auf den Kanälen der Stadt kommuniziert werden, um zu zeigen, daß in Eberswalde auch 75 Jahre nach der Befreiung die Opfer nicht vergessen hat und die Erinnerung lebendig ist.

»Der Zweite Weltkrieg und das damit verbundene Leid ist ein Thema, das mich seit meiner Kindheit begleitet«, sagt Friedhelm Boginski. »Als ehemaliger Geschichtslehrer ist es mir besonders wichtig, das Andenken und auch die Mahnung zu erhalten. Ich freue mich darauf, die Gedanken und Wünsche der Eberswalderinnen und Eberswalder zu diesem wichtigen Thema zu erfahren. Auf diese Weise können wir trotz der derzeitigen Situation gemeinsam gedenken. Für mich steht fest, daß nachfolgende Generationen von den gravierenden und tragischen Erfahrungen eines Krieges verschont bleiben sollen. Der 75. Jahrestag der Befreiung ist ein bedeutender Anlaß, um diesen Wunsch nochmal deutlich in das Bewußtsein von uns allen zu rufen. Gerade in der heutigen Zeit ist es wichtig, den Wert von Gesprächen, Toleranz und Rücksicht zu betonen und zu erfahren.«

Mit der Unterzeichnung der Kapitulationsurkunde am 8. Mai 1945, so Boginski, »endeten sechs Jahre Krieg sowie zwölf Jahre nationalsozialistische Diktatur in Deutschland und es begann die bis heute längste friedliche Phase in Europa« – wobei er die Kriege nach 1945 in Griechenland, Nordirland, Jugoslawien, Moldawien und der Ukraine nicht mitzählt.

Von der Tyrannei befreit

Auch wenn es in diesem Jahr keine größeren Gedenkfeiern geben kann, halten wir die Erinnerung wach – an das Leid von vielen Millionen Menschen ebenso wie an den Mut und den Einsatz derjenigen, die Europa von der Tyrannei befreit haben. Wir werden niemals vergessen, was Haß und Nationalismus angerichtet haben und welchen Wert an sich die Demokratie hat.

HARDY LUX, Mitglied des Landtages

»Entnazifizierung jetzt!«

Bernau (bbp). In Bernau hatte das Netzwerk für Weltoffenheit zum Gedenken anlässlich des 75. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus eingeladen. In der Fußgängerzone in der Stadtmitte wurde ein 20 Meter langes Plakat entrollt: »75 Jahre sind nicht genug – Entnazifizierung jetzt!« Damit und mit entsprechenden Zetteln und Plakaten folgten die Bernauer dem gleichlautenden Aufruf des bundesweiten Netzwerks »Welcome United«, den 8. Mai in diesem Jahr zu einem Tag des Zorns gegen alle menschenverachtenden Einstellungen zu machen. Deshalb wurde unter anderem auch der



Am sowjetischen Ehrenmal in Bernau gab es auch Proteste gegen die aktuellen Kriegspläne gegen Rußland.

Opfer der rassistischen Morde am 19. Februar in Hanau gedacht – auf den Plakaten sind Porträts und Namen der Ermordeten.

Das Bernauer Netzwerk für Weltoffenheit hatte für den ganzen Tag zum dezentralen Gedenken unter Beachtung der Corona-Regeln eingeladen.

Dabei konnten Menschen auf einer großen Folie in der Bürgermeisterstraße Erinnerungen ans Kriegsende und daraus resultierende Wünsche und Hoffnungen für die Zukunft festhalten. Beeindruckend waren hier die aufgeschriebenen kurzen Erinnerungen von Zeitzeugen. Eine Person mit Jahrgang 1934 schrieb: »Meine Erinnerung an die Angst um den Onkel im KZ, den Hunger und die Angst auf der Flucht, den sowjetischen Soldaten, der zu mir sagte: ‚Komm mit mir mit, meine ganze Familie ist tot‘ hat mich tief geprägt. Deshalb: Nie wieder Nationalsozialismus! Nie wieder Krieg!«

Das Denkmal für den unbekanntem Deserteur am Mühltentor war einer der Orte zum Erinnern und Blumen ablegen – neben dem sowjetischen Ehrenmal, den Stolpersteinen in der Fußgängerzone und dem Mahnmal für die Opfer des Faschismus am Bahnhof. Vor letzterem stand mit Sprühkreide auf dem Boden: »8. Mai: Ge(h)Denken!«.

Ein Plakat am Mühltentor lud Menschen zum Unterschreiben ein, wenn sie sich den Aussagen anschließen.

In der Nacht zuvor waren in der Bernauer Innenstadt Zitate für Frieden und gegen Rassismus entfernt worden und stattdessen Plakate aufgetaucht, die die Befreiung in Frage stellen und sich noch mehr Menschenverachtung wünschen als schon herrscht. Umso wichtiger scheint die Forderung nach »Entnazifizierung jetzt!«

Die Erinnerung wach halten

Wir hatten uns das Gedenken an den 75. Jahrestag des Ende des zweiten Weltkrieges und damit der Befreiung vom Faschismus anders vorgestellt. Doch wir lassen uns unser Gedenken nicht nehmen, denn Gedenken heißt kämpfen gegen Krieg und Faschismus.

Und auch, wenn dies durch die Corona-Pandemie aus der öffentlichen Wahrnehmung etwas verschwunden ist, dieser Kampf ist bitter notwendig.

Die Lehren des 8. Mai umzusetzen, bedeutet für uns:

- AfD, NPD und ihre Verbündeten aufzuhalten,
- das Treiben gewalttätiger und mordender Neonazis zu unterbinden, ihre Netzwerke in Polizei, Bundeswehr aufzudecken und aufzulösen,
- einzugreifen, wenn Jüdinnen und Juden, Muslime, Roma und Sinti und andere, die nicht in das Weltbild von Faschisten passen,

beleidigt und angegriffen werden,

- Geflüchtete in Deutschland aufzunehmen,
- die Logik des Militärischen zu durchbrechen, uns Aufrüstung entgegenzustellen und Waffenexporte zu verhindern und
- die Diffamierung und Behinderung demokratischer und antifaschistischer Gruppen und Organisationen durch Geheimdienste und Finanzämter zu beenden.

Sonntagsreden, die Betroffenheit zeigen, reichen nicht. Es muß gestritten werden für die neue Welt des Friedens und der Freiheit, die die befreiten Häftlinge im Schwur von Buchenwald als Auftrag hinterlassen haben. Ein offizieller bundesweiter Feiertag wäre dafür die regelmäßige Verpflichtung. – Nicht nur, aber eben auch an jedem 8. Mai.

MARTIN GÜNTHER,
Mitglied des Stadtvorstandes DIE LINKE. Bernau
und stellvertretender Landesvorsitzender
DIE LINKE. Brandenburg

Nie wieder Krieg. Nie wieder Faschismus.

Die Morde in Hanau und Halle, der Mord an Walther Lübcke und der NSU-Komplex zeigen uns, daß die Ideen dieser gewalttätigen und menschenverachtenden Ideologie weiterhin existieren. Rechtes Gedankengut, Rassismus, Verschwörungsmythen und Antisemitismus erleben eine neue, eine schleichende Renaissance. Gerade deshalb ist es wichtig, daß wir den Tag der Befreiung als einen Tag der Mahnung, des Gedenkens und einen Tag des Mutes begreifen und zelebrieren.

Bei allen negativen Erscheinungen von Corona hatte diese Pandemie doch eines geschafft, was unsere Proteste nicht vermocht hatten, den Stopp einer der größten Militäri-

bungen der jüngeren Geschichte, die sogenannte Defender 2020-Übung. Sie war ungeschwer als Säbelrasseln gegen Rußland zu erkennen. Die Corona-Pandemie hat uns aber auch gezeigt, wie fragil die Europäische Gemeinschaft immer noch ist, wie schnell beispielsweise offene Grenzen wieder in Frage gestellt werden. Die Kriegsgefahr ist weiterhin real. Der Bund plante mehr Geld für die Bundeswehr als für Bildung, Gesundheit, Umwelt und den Wohnungsbau zusammen ein und schickt sich an, neue atomwaffenfähige Kampfflugzeuge anzuschaffen.

Dr. HILDEGARD BOSSMANN, Linksfraction und Stadtvorstand DIE LINKE Bernau

Fatale Erinnerungslücken

Der Artikel »Gedenken mit Abstand« (MOZ, 09.05.2020) zur Kranzniederlegung am sowjetischen Ehrenmal in Eberswalde zeigt mal wieder, daß auch durch Weglassen und »Erinnerungslücken« prima manipuliert werden kann.

Da werden die zweistündigen Ehrenwachen unterschlagen, ebenso die vielen Aufsteller mit Materialien zur Friedensbewahrung, die bis zum Schluß der Veranstaltung präsent waren. Ist linkes Gedankengut einfach schon zu links und ruft Unbehagen hervor, wenn beispielsweise die NATO-Manöver verurteilt werden?

Dafür durfte der Bürgermeister von einer 75-jährigen Friedenszeit »als eines der größten Ge-

schenke« sprechen und sich mit dieser Aussage auch zitieren lassen. Wider besseren Wissens? Wird so schnell vergessen, daß ein erneuter Krieg in Europa gegen Jugoslawien – und zwar mit maßgeblicher deutscher Beteiligung – bereits kurz nach dem Ende der DDR stattfand und hunderte Tote forderte? Wirklich vergessen oder nur unangenehm in der Erinnerung?

Die MOZ reiht sich damit mal wieder ein in die Reihe der Geschichtsklitterer und Meinungsmanipulatoren wie leider seit längerer Zeit zunehmend. Aufrechter und wahrheitsgetreuer Journalismus sieht für mich anders aus.

HEIKO HAASE

Boginski dankt der Bundeswehr

Eberswalde (bbp). Im Februar rollten Panzerspähwagen durch Eberswalde. Die Linke vermutete Zusammenhänge zum NATO-Manöver DEFENDER 2020. In der Februar-StVV fragte sie nach (BBP 2-3/2020). Jetzt liegt die Antwort des Eberswalder Bürgermeisters vor.

»Die Verkehrsbehörde«, so Boginski, »hatte keine Kenntnis, daß ein Panzerspähwagen am 14.02.2020 durch Eberswalde gefahren ist und weiß auch nicht, ob es einen Zusammenhang mit dem Manöver gibt«. Von sonstigen Transporten weiß die Verkehrsbehörde nichts. Dem für Schwerlasttransporte zuständigen Landesbetrieb Straßenwesen seien ebenfalls keine Transporte bekannt. »Wenn die Transporte die Autobahn verlassen müssen, werden sie sicherlich über die Bundesstraßen fahren – vermuten wir, wissen es aber nicht. Die Bahnhofsbrücke, die Brücke an der Stadtschleuse (Friedensbrücke) und die Wassertorbrücke (Breite Straße) liegen in der Baulast des Landesbetriebes Straßenwesen bzw. des Wasser- und Schifffahrtsamtes. Nach unserer Kenntnis – wir wissen es aber nicht genau – sind diese Brücken für Schwerlasttransporte zugelassen.«

Auf die Frage, ob sich der Bürgermeister im Vorfeld des Manövers als Mitglied der Initiative »Mayors for Peace« gegen solche Transporte durch Eberswalde aussprechen werde, antwortet Boginski: »Ich würde keine Maßnahme gegen

Defender 2020 einleiten. Der Schwerpunkt von 'Mayors for Peace' liegt im Einsatz gegen Atomwaffen – es ist mir nicht bekannt, daß dies bei diesem Vorgang zum Tragen kommt. Ansonsten bin ich persönlich sehr bestrebt, mit der Bundeswehr ein gutes Verhältnis zu haben. Ich erinnere mich, wie dankbar wir waren, daß uns die Bundeswehr beim Oderhochwasser 1997 unterstützt hat.«

VOLKER PASSOKE von der Linksfraction zeigte sich verwundert über die Antwort. Den Einsatz beim Oderhochwasser 1997 könne man doch keinesfalls mit dem Manöver Defender 2020 vergleichen. Dies sei »ein groß angelegtes Manöver, bei dem die Bundeswehr als Teil dieses Manövers an die russische Grenze verlegt wird«. Der Linkspolitiker ist der Ansicht, daß man dazu eine Haltung annehmen kann, ohne die Bundeswehr abzulehnen. Passoke informierte, daß solche Übungen »bewußt durch die Bundeswehr durchgeführt werden, um zu testen, ob die Brücken schwerlastfähig sind«. Er fragt, was denn passieren würde, wenn im Rahmen dieser Übung die Bahnhofsbrücke zerstört wird. Daher sollte sich die Stadt gegen solche Fahrten im Stadtgebiet und generell gegen Kriegsvorbereitungen aussprechen. Bürgermeister Boginski machte daraufhin deutlich, daß er eine Sitzung der StVV »nicht als geeigneten Ort für die Erörterung der Thematik« hält.

Stelen für Zwangsarbeiter

Biesenthal (bbp). Mit einer Plakat-Installation am Markt und dem stillen Gedenken an den Steinstelnen für die Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter wurde in Biesenthal der Tag der Befreiung begangen.

Am Biesenthaler Markt wurden Plakate installiert, die die Aufrufe des Welcome United Netzwerks nach »Entnazifizierung jetzt!« unterstützen und mit denen sich der Forderung des VVN-BdA und der Überlebenden Esther Bejarano angeschlossen wurde, den 8. Mai zum Feiertag zu machen.

Stilles Erinnern mit Blumen fand an den Steinstelnen für die in Biesenthal erlittene Zwangsarbeit in der Nazizeit statt. Die ersten fünf Stelen konnten am 5. und 6. Mai aufgestellt werden. Die Stele am Pendlerparkplatz neben dem Biesenthaler Bahnhof erinnert an die italienischen Militärinternierten, die in einem Barackengelände auf dem gesamten heutigen Aldi-Areal untergebracht waren. Dort befand sich auch eine Schule für Kriegshunde der SS. Die Stele am Wanderweg beim Heideberg erinnert an das Barackenlager tschechischer Zwangsarbeiter auf dem Heideberg, die Stele am Prenzener Weg/ Ecke Umlandstr. an das Barackenlager PAULA, das die Wehrmacht wie das am Heideberg ab 1942 durch die Organisation Todt errichten ließ. In zwei dieser Baracken wohnte die SS-Wachmannschaft des KZ Außenlagers Sachsenhausen im Lager PAULA. Die Stele vor dem Mirabellenhof in der Grünstr. 11 gedenkt exemplarisch der polnischen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, die auf den Bauernhöfen Biesenthals arbeiten mußten.

Adrianus Millenaar schaffte es, Gefangene aus den Konzentrationslagern freizubekommen. Er wohnte in der Neuen Mühle, daher erinnert eine Stele in der Plottkeallee/Ecke Neue Mühle an diesen stillen Helden.

Im vergangenen Sommer waren diese Stelen in einem Projekt der Naturschule Barnim zusammen mit einer Schulklasse aus Semily/ Kreis Liberec (Tschechien) und einem Steinbildhauer entworfen und hergestellt worden.

Die Stelen zur Erinnerung an das Außenlager des KZ Sachsenhausen an der Hellmühle und für die französischen Kriegsgefangenen, die in der Rüstungsproduktion am Vorwerk arbeiten mußten, müssen noch aufgestellt werden. Einige dieser französischen Kriegsgefangenen sollen erfolgreich Sabotage in der Produktion betrieben haben. Etwa zehn von ihnen wurden von der Gestapo abgeholt.



Foto: WILKOMMENINITIATIVE BIESENTHAL

Ziellos? (Teil 3)

Es gibt Ziele, die alltäglich sind, wie zum Beispiel Wäsche waschen. Für solche alltäglichen Ziele verfügen wir über hinreichend gute Erfahrungen und wissen, was wir tun müssen, um dieses Ziel zu erreichen. Ganz anders sieht es mit Zielen aus, die über das Alltägliche hinausgehen. Wer von uns hat gelernt, was zu tun ist, um in zehn Jahren ein erfolgreicher, leitender Angestellter zu sein oder gar ein Unternehmer zu sein? Haben Sie das in der Schule gelernt? Oder wußten Ihre Eltern oder Freunde darüber Bescheid? Den meisten Menschen fehlen dafür geeignete Handlungsstrategien. Und wer nicht weiß, wie er etwas erreichen kann, der zweifelt die Erreichbarkeit eines Ziels oft an.

Was also ist nun konkret zu tun, um solch ein in weiter Ferne liegendes Ziel zu erreichen? Entweder entscheiden Sie sich dafür, das Schicksal den Lauf Ihres Lebens bestimmen zu lassen oder Sie legen für sich konkrete Ziele fest. Das ist Ihre Entscheidung! Bedenken Sie aber bitte: Auch, wenn der Plan noch so gut ist, es kann immer etwas schief gehen. Wer schon mal ein Haus gebaut hat, weiß sicherlich genau, wovon ich rede. Und trotz aller Widrigkeiten wird das Haus dann doch fertig. Auch wenn immer wieder neu geplant werden muß, so haben Sie am Ende doch ein Haus bezogen. Ob das Schicksal Ihnen auch ein eigenes Haus gebracht hätte? Es geht darum, daß Sie achtsamer und bewußter handeln, um möglichst viel selber beeinflussen zu können. Nur mit dieser Haltung können Sie eine günstige Gelegenheit erkennen und dann auch nutzen.

Wenn wir zielorientiert vorgehen, also immer unser Ziel im Auge behalten und unsere Handlungen darauf abstimmen, immer wieder überprüfen und gegebenenfalls den neuen Umständen anpassen, dann geben wir unseren Handlungen einen Sinn. So verfolgen wir mit unseren Handlungen also einen bestimmten Zweck. Notwendig sind hierzu Wille und Entschlossenheit. Ziele erscheinen uns dann sinnvoll, wenn die Ziele mit unseren eigenen Wert- und Moralvorstellungen übereinstimmen. Wenn unsere Beharrlichkeit dazu geführt hat, daß wir das einst so fern erscheinende Ziel erreicht haben, dann werden in unserem Körper Glückshormone freigesetzt. Einfacher gesagt, wir freuen uns und sind stolz auf das, was wir erreicht haben. Und als Zusatzeffekt haben wir nun neue Erfahrungen gewonnen, wie solche Ziele erreicht werden können und können diese Erfahrungen nun beim nächsten Ziel wieder einfließen lassen. Auch wenn das nächste Ziel bestimmt in Teilen eine andere Vorgehensweise verlangt, so haben wir doch einige Erkenntnisse gewinnen können.

Wenn Sie Hilfe bei der Zielfindung benötigen oder bei der Umsetzung von Zielen, können Sie sich an einen Fachmann wenden, z.B. einen Berater oder Coach.

FALK HINNEBERG (www.hinneberg.info)

Eskimokinder und andere

Schon vor Jahren hörte ich durch das TV, daß zwei befreundete Jungen im Alter von ca. vierzehn Jahren sich in Grönland gemeinsam das Leben genommen hatten. Sie hatten keine andere Perspektive als Robben zu fangen und sie zu töten. Die Jungen konnten das nicht mehr, nicht mehr sehen, wie Blut fließt und Leben zu Ende geht.

Gerade jetzt, in der Corona-Pandemie-Zeit, da die Familien eng zusammensitzen müssen, wo sich Erwachsene anöden, leiden auch die Kinder neben den Frauen unter häuslicher Gewalt. Das bringt die häusliche Enge zustande, wenn Schule und Tagesbetreuung wegen Infektionsrisiken geschlossen haben, sind auch Hilfsangebote im psychischen Bereich eingeschränkt. Psychische Erkrankungen und Störungen, psychische Traumata, werden nicht wie erforderlich behandelt. Laut Bundesfamilienministerin Giffey gibt es zu bedenken, daß Kinderschutz in Krisenzeiten ein wichtiges Thema ist. Denn Schütteltraumen, Körperstrafen und Alkoholkonsum sind weltweit Gefährdungen für Kinder, kumulieren durch Ängste und Isolation.

Schon in WUHAN, dem Ausgangspunkt der Coronapandemie gab es einen Anstieg der häuslichen Gewalt und eine Überbelegung von Frauenhäusern. Anrufe bei der Kinderhotline 08001921000 in Deutschland bestätigen diesen Trend, auch Anrufe bei Jugendpsychothe-

rapeuten, bei der Jugendhilfe und bei Kinderärzten haben zugenommen. In Baden-Württemberg scheiterte ein Gesetz-Entwurf »Kinderstärkung«. Es sollten Kinderanrufe gestärkt werden und der Empfang bestätigt werden. Es sollten Helferregeln gebildet werden, was in den jetzigen Pandemiezeiten nicht realisierbar war. Es gibt zur Zeit keine Überlegungen nach dem SGB VIII für die Öffentlichkeit.

Kinder und Jugendliche mit psychischen Störungen und Krankheiten sind jedenfalls suizidgefährdet. Im Jahre 2017 wurden zum Beispiel 212 Suizide bei 10 bis 20-Jährigen in Deutschland registriert. Befragte Jugendliche gaben zu ca. 38 % an, Suizidgedanken zu haben. Über 7 % Suizidversuche bei Kindern und Jugendlichen sind doch ein erschreckendes Signal in Deutschland. Gesellschaftliche Mobbing-Erfahrungen sind schon gefährdende Faktoren für psychisch gestörte Kinder und Jugendliche. Selbstgefährdung und Medikamentenintoxikation sind die wichtigsten Signale. Stationäre Einweisung und familienorientierte Therapieformen und eine engmaschige und langanhaltende Therapie sind erforderlich. Auch Online-Angebote für internetaffine Jugendliche gewinnen an Bedeutung.

Dr. med. WALTRAUD VOIGT

Quelle: Prof. Dr. med. M. JÖRG FEGERT und CHRISTOPH U. CORREL: »Wie aktuell ist Kinderschutz«, Deutsches Ärzteblatt 5/2020

Bei Anruf Liebe und Vertrautheit

Altenhof (allo/bbp). Menschen, die in Seniorenheimen betreut werden, sind von Corona im besonderen betroffen. Wegen der besonderen Gefährdung älterer Menschen sind die Heime von Besuchsverboten und anderen Einschränkungen in der vertrauten Kommunikation betroffen.

Das ist es, was den meisten Bewohnern von Senioren-Residenzen derzeit ganz besonders zu schaffen macht. Auf der anderen Seite möchten Familienmitglieder sich gerne selbst ein Bild davon machen, wie es ihren Angehörigen geht. Gemeinsam mit der Telekom haben die Alloheim Senioren-Residenzen deshalb nach

einer Lösung gesucht. Ab sofort können alle Bewohner, mit Unterstützung der Mitarbeiter, per Videotelefonat mit ihrer Familie digital Kontakt aufnehmen.

Auch das Alloheim in Altenhof profitiert von der Kooperation der Alloheim Hauptverwaltung mit der Telekom und hat drei Smartphones bzw. Tablets mit umfangreichen Datenkapazitäten erhalten, die allen Bewohner ab sofort kostenlos zur Verfügung stehen.

»Jetzt können sich die Senioren mit ihren Angehörigen nicht nur unterhalten, sondern sie dabei auch sehen«, freut sich Samuel Wiedebusch, Einrichtungsleiter der Alloheim Senioren-Residenz Haus am Werbellinsee. »Der visuelle Kontakt ist für beide Seiten extrem wichtig!« Der Grund: Die Angehörigen können sich selbst davon überzeugen, daß es den Bewohnern gut geht – auf der anderen Seite gestalten sich auch für die Senioren durch die Videotelefonie deutlich mehr Kommunikationsansätze und Gefühle der Vertrautheit und Zuneigung. »In Zeiten der eingeschränkten Kontaktaufnahme ist das eine wunderbare Lösung«, sagt die Einrichtungsleitung, »im Grunde ist es wie ein Besuch hier vor Ort – nur eben zweidimensional«. Wiedebusch berichtet von einer sehr großen Nachfrage. »Nachdem die ersten Senioren ganz begeistert davon erzählen, ist der Andrang immens.«

Philosophiekreis

Eberswalde (bbp). Der Eberswalder Philosophiekreis trifft sich wieder leibhaftig. Am Freitag, den 29. Mai, kommt um 19 Uhr der Autor Wolfgang Bauernfeind zum Gespräch in die Stadtbibliothek (Amadeu-Antonio-Haus in der Puschkinstraße 13). Er wird eine paar Passagen aus seinem aktuellen philosophischen Roman Jacob Böhme – Auf der Suche nach seiner Weltformel lesen. Von Hegel wurde Böhme, der 1624 in Görlitz starb, einst als erster deutscher Philosoph bezeichnet.

Klimaschädliche Holzverbrennung Holzstrom abschaffen

Eberswalde (bbp). Der Landkreis Barnim hat sich seit rund 20 Jahren der Förderung erneuerbarer Energien verschrieben. Inzwischen liegt im Landkreis die Energieerzeugung aus Sonne, Wind, Erdwärme und Holzverbrennung über dem Eigenverbrauch.

Die Stadt Eberswalde gehört auf diesem Gebiet zu den Spitzenreitern im Landkreis. Ein großer Teil davon geht auf den Betrieb des Eberswalder Holzkraftwerkes (Hokawe) zurück. Allerdings gibt es inzwischen Auffassungen, nach denen es unredlich ist, die Holzverbrennung so ohne weiteres als förderwürdige erneuerbare Energie zu werten. Etwa die Hälfte des gesamten Holzaufkommens in der BRD wird aktuell verbrannt. Meist in Form von Frischholz. Bei Betrachtungen zur Energiebilanz wird unterschlagen, daß gerade frisch geschlagenes Holz beim Verbrennen einen eher geringen Wirkungsgrad hat. Viel Energie wird verbraucht, um dem Holz die Feuchtigkeit zu entziehen. Die fossilen Brennstoffe, die für den Holzeinschlag und den Transport verbraucht werden, werden meist nicht mitgerechnet.

Vor allem aber findet kaum Berücksichtigung, daß ein als Brennholz verwendeter Baum etwa hundert Jahre braucht, um das bei der Verbrennung innerhalb kürzester Zeit freigesetzte CO₂ der Atmosphäre zu entziehen und als Biomasse zu speichern. Der Holzeinschlag für die Verbrennung führt zudem zu einer weltweiten Übernutzung der Waldbestände. Naturnahe Wälder werden durch Holzplantagen ersetzt, wodurch eine Vielzahl natürlicher Biotope verloren gehen.

Längst wird nicht mehr nur hier im Lande gewachsenes Holz verbrannt. Zunehmend wird

die »Biomasse« zur Verbrennung importiert. Aus Ländern, in denen die hier gewohnten Umweltauflagen völlig unbekannt sind.

Professor PIERRE IBISCH von der Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE) gehört zu den Aktivisten, die der zunehmenden Verbrennung von Holz kritisch gegenüberstehen. Er plädiert für naturbelassene Wälder mit viel Totholz. Auch bei der natürlichen Zersetzung des Holzes wird CO₂ freigesetzt. Aber zugleich erhält der Boden Nährstoffe und ein Teil der organischen Masse wird als Humus dauerhaft im Boden gespeichert. Naturnaher Wald speichert dauerhaft viel mehr Kohlendioxid als intensiv bewirtschaftete Holzplantagen. Das Totholz enthält darüber hinaus beträchtliche Mengen an Wasser und kühlt den Wald, was der Widerstandsfähigkeit der Bäume zugute kommt und nicht zuletzt auch die Waldbrandgefahr verringert.

Als nachhaltige Nutzung des natürlichen Rohstoffes Holz empfiehlt Professor Ibisch insbesondere die Verwendung als Bauholz oder für Möbel. Dabei wird CO₂ längerfristig gespeichert. Am Ende des Nutzungszyklus ist es dann durchaus vernünftig, die nicht mehr anders brauchbare Biomasse energetisch zu verwerten. Neben den Abfällen, die bei der Verarbeitung des Holzes anfallen.

Wenn jetzt zunehmend bisherige Kohlekraftwerke auf Holz umgestellt werden, geht es je-

Die Stadtverwaltung Eberswalde ist stolz darauf, hauptsächlich nachhaltig erzeugten Strom zu verbrauchen. Auf Nachfrage von OSKAR DIETTERLE informierte die Baudezernentin ANNE FELLNER, daß ein großer Teil der verbrauchten Elektroenergie im Eberswalder Holzkraftwerk (Hokawe) der Firma Heiz1 erzeugt werde. Das im Hokawe vorrangig praktizierte Verbrennen von Frischholz, so der Stadtverordnete, sei »zur Energiegewinnung alles andere als nachhaltig. Holz sollte in jedem Falle einer Kaskadennutzung zugeführt werden und erst, wenn es nicht mehr anders geht, verheizt werden. In diesem konkreten Fall ist das Holz nicht trocken, wenn es verheizt wird, weiterhin wird es aus großer Entfernung herangeschafft und, da es vom Land subventioniertes Holz ist, wird also ein Teil unseres Volksvermögens hier verbrannt.«

Dietterle fordert, daß die Stadt Eberswalde künftig keinen Strom mehr kauft, der direkt oder indirekt das Heiz1-Kraftwerk stützt. »Eine weitere Möglichkeit wäre es«, so Dietterle, »Holz in Holzkohle umzuwandeln und dann dem Ackerboden zuzuführen. Auf diese Weise wird der Kohlenstoff für Jahrhunderte aus dem Verkehr gezogen und leistet dabei noch wertvolle Dienste, indem es Nährstoffe und Wasser bindet.«

doch hauptsächlich um die Verbrennung von Frischholz. Insofern ist es kontraproduktiv, wenn für Brennholz beispielsweise der ermäßigte Steuersatz gilt und Investitionen in Holzverbrennungsanlagen mit bis zu 45 % aus Steuermitteln gefördert werden.

Bilanz zum Klimaschutzkonzept

Eberswalde (bbp). »Eberswalde ist eine Stadt der Nachhaltigkeit«, heißt es in einer am 14. Mai veröffentlichten städtischen Pressemitteilung zum 3. Evaluierungsbericht zum 2013 beschlossenen Eberswalder Klimaschutzkonzept. Die Ergebnisse wurden bereits im Dezember im Ausschuß für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt vorgestellt.

80% der Maßnahmen sind demnach in Umsetzung oder bereits abgeschlossen. Dazu gehören »der Einsatz eines Klimaschutzmanagers, der Bezug von umweltfreundlichem Strom und Gas« und »die Sanierung von energieintensiven, öffentlichen Gebäuden wie der Kita Nesthäkchen.« Daneben seien viele Maßnahmen als Daueraufgabe zu verstehen wie die »Projekte zur Förderung der Bildung für nachhaltige Entwicklung, der Ausbau und die Qualifizierung des Radwegenetzes« oder die »klimaangepasste Entwicklung des Stadtgrüns.« Baudezernentin ANNE FELLNER zeigt sich stolz, »daß wir die Vorgaben der Politik zum Thema Klimaschutz so konsequent verfolgen und erfolgreich umsetzen«.

Inzwischen sei zum Beispiel die Straßenbeleuchtung in der Kreisstadt durch den Einsatz von Ökostrom nahezu 100 Prozent emissionsfrei. Aktuell sind rund die Hälfte der Eberswalder Straßenlaternen mit LED-Technologie ausgestattet, wodurch der Energieverbrauch und damit auch die Energiekosten je Leuchte um

bis zu 80 Prozent gesenkt werden können. Die Umrüstung auf LED begann 2010. Im laufenden Jahr wurden bereits 135 Straßenlaternen erneuert, weitere 112 sollen bis Jahresende folgen. Die Straßenbeleuchtung verursacht jährliche Energiekosten in Höhe von rund 275.000 Euro. Daher seien Ersparnisse auf diesem Gebiet durchaus spürbar und willkommen. Die Umrüstung der Straßenbeleuchtung durch den städtischen Bauhof sei mit teilweise unter zwei Jahren eine der sich am schnellsten amortisierenden Maßnahmen der Verwaltung im Energieeffizienz-Bereich. Dies werde auch künftig konsequent fortgeführt.

Die Stadtverwaltung engagiere sich auch sehr für die Begrünung der Stadt. »Tiefbauamt und Bauhof sind seit Jahren aktiv, um einen Beitrag für mehr Artenschutz und Biodiversität im Stadtgebiet zu leisten. Die Etablierung insektenfreundlicher Blühwiesen oder die Pflanzung heimischer, systemangepasster Straßen- und Parkgehölze gehören dazu.« Im Rahmen des Wettbewerbes

»Naturstadt – Kommunen schaffen Vielfalt« soll künftig auch eine Vernetzung einzelner Blühwiesen realisiert werden. Dadurch werde unter anderem für Insekten das Lebensraumangebot erweitert, ihnen das Wandern im Stadtgebiet ermöglicht und gleichzeitig mehr Nahrungsquellen angeboten. Dazu sollen 78 Baumscheiben mit einer insektenfreundlichen Staudenmischung bepflanzt werden. Das Stadtentwicklungsamt entwickelt derzeit ein gesamtstädtisches Grün- und Freiflächenkonzept, welches die Grünflächen auch unter den Gesichtspunkten des Klimawandels bewertet.

»Das im Dezember 2019 durch die Stadtverordneten auf den Weg gebrachte Klimapaket unterstreicht zudem noch einmal die Wichtigkeit der Klimaschutzarbeit.« Demnach soll in den Jahren 2021/22 unter Einbindung der Bürgerschaft eine Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes erfolgen. Außerdem ist seitdem für jede Beschlusvorlage eine Betrachtung der Auswirkung auf das Klima vorgeschrieben. Dabei sind Lösungen, die sich positiv oder neutral auf das Klima auswirken, zu bevorzugen. »Weiterhin stehen für die Erarbeitung einer städtebaulichen Klimaschutzrichtlinie Mittel zur Verfügung und das Aufgabenfeld Klimaschutz wird dauerhaft um eine Personalstelle erweitert.«

Bersarin-Ehrung

Alljährlich erinnern am 16. Juni Bürgerinnen und Bürger an der für ihn gepflanzten Birke an den Berliner Ehrenbürger NIKOLAI BERSARIN. Vor 75 Jahren kam Generaloberst Nikolai Bersarin bei einem Verkehrsunfall ums Leben. Er war am Ende des Kriegs der erste sowjetische Stadtkommandant von Berlin. Auf seinen Schultern lastete ab Ende April 1945 die Verantwortung für die ganze Stadt, für das Leben und Überleben ihrer Einwohner.

Dr. LUTZ PRIEB (ak8mai.bdwo.de)

Macht die Bücher frei

Der in Berlin und Wien ansässige Mandelbaum Verlag hat für seine Leserinnen und Leser in Corona-Zeiten ein spezielles Angebot: »Gemeinsam mit attac haben wir uns entschlossen, die beiden bei kritik & utopie erschienenen attac-Bücher als pdf frei zum Download anzubieten«. Es handelt sich dabei um »Konzernmacht brechen! Von der Herrschaft des Kapitals zum Guten Leben für Alle« und »Entzauberte Union. Warum die EU nicht zu retten und ein Austritt keine Lösung ist«.

Als drittes Buch stellt der Verlag den vergriffenen Band »Karl Marx. Philosoph der Befreiung oder Theoretiker des Kapitals? Zur Kritik der 'Neuen Marx-Lektüre'«, herausgegeben von Karl Reitter, frei zur Verfügung (www.mandelbaum.at).

Die kleinen Verlage leiden wie die kleinen regional verankerten Buchhändler unter den Restriktionen der Corona-Krise und setzen verstärkt auf den Online-Handel über ihre eigenen Webshops. Gerade hier läßt nun jedoch der große allgegenwärtige Konkurrent seine Marktmacht freien Lauf. Der große Onlinehändler verkündete, daß Bücher in Zeiten von Corona für ihn nicht mehr hohe Priorität haben und dementsprechend momentan auch nicht mehr nachbestellt werden. Das ist perspektivisch eine Chance für den stationären Buchhandel und die alternativen Onlinshops, verursacht aber kurzfristig erstmal Umsatzeinbußen für die kleinen Verlage, zumal angekündigte, aber noch nicht ausgelieferte Neuerscheinungen komplett von der Angebotsseite des Großen entfernt wurden. Diese Neuerscheinungen sind somit im Internet nur noch eingeschränkt auffindbar.

Als Alternative empfiehlt auch der kleine Mandelbaum Verlag: Bücher in der lokalen Buchhandlung kaufen und schmökern im offiziellen Verzeichnis lieferbarer Bücher! Wer gezielt nach bestimmten Büchern sucht, wird auch ohne den großen Monopolisten fündig.

<https://www.mandelbaum.at/buch.php?id=685>

<https://www.mandelbaum.at/buch.php?id=774>

<https://www.mandelbaum.at/buch.php?id=626>

www.contraste.org

Ehrung für einen Antifaschisten

Erfurt/Eberswalde (bbp). In Erfurt soll eine Straße nach Gert Schramm benannt werden. Eine Initiative strebt die Umbenennung des Erfurter Nettelbeckufers in Gert-Schramm-Ufer an.

GERT SCHRAMM ist am 18. April 2016 im Alter von 87 Jahren in Eberswalde gestorben, wo er seit vielen Jahren lebte. Am 25. November 1928 erblickte er in Erfurt, Nettelbeckufer 15, als Sohn von Marianne Schramm und Jack Brankson, einem afroamerikanischen Stahlarbeiter aus Kalifornien mit kubanischen Wurzeln (dessen Spuren sich auf dem Weg in das KZ Auschwitz verlieren) das Licht der Welt. Er wuchs in Thüringen auf. Mit 14 Jahren wurde er nur wegen seiner Hautfarbe verhaftet, von der Gestapo mißhandelt und schließlich im KZ Buchenwald gefangengehalten. Ohne die Solidarität anderer Häftlinge hätte er die Schrecken des KZ nicht überlebt.

Seit 1964 lebte und wirkte Gert Schramm in Eberswalde, arbeitete in Bau- und Transportbetrieben, dann als selbständiger Taxiunternehmer. Er war ehrenamtlich aktiv in der Feuerwehr und in anderen Vereinigungen im Ort.

1990 endete in der Nacht zu Gert Schramms 62. Geburtstag eine rassistische Hetzjagd auf Schwarze in Eberswalde für Amadeu Antonio im Koma, aus dem dieser nicht mehr erwachte. Gert Schramm widersprach rassistischen Aussagen und rechtsextremen Tendenzen auf der Straße, im Betrieb und im Taxi, als Zeitzeuge in Schulen und Jugendklubs. Ihm war wichtig, daß gerade auch die Jüngeren erfahren, was in Deutschland möglich war – und bleibt, wenn dem Haß und der Gewalt zu leise widersprochen wird. Auch darum arbeitete er bis zuletzt als Mitglied des Beirats ehemaliger Häftlinge des Konzentrationslagers Buchenwald für das Erinnern und unterstützte das Gedenken an Amadeu Antonio in Eberswalde.

Im April 2014 erhielt Gert Schramm das Bundesverdienstkreuz am Bande. In seiner Dankesrede dazu erinnerte er an den Schwur, den er als Überlebender des KZ Buchenwald am 19. April 1945 geleistet hatte und der ihn verpflichtete, sich einzusetzen für Frieden und Freiheit und dafür, daß die Schuldigen für fa-

schistisches Unrecht einer gerechten Strafe zugeführt werden. »Bis zu meinem Lebensende werde ich diesem Schwur folgen«, versicherte er und fügte hinzu: »Ich widme meine Aufklärungsarbeit der Jugend unseres Landes. Denn sie ist der Garant der Zukunft.« Gert Schramm hielt sich daran. Er überlebte die mörderische Diktatur, die ihn ausschließen und umbringen wollte, um mehr als 70 Jahre.

Die Initiative für die Umbenennung des Erfurter Nettelbeckufers in Gert-Schramm-Ufer ist inzwischen durch ein im April veröffentlichtes wissenschaftliches Gutachten untermauert worden. Die 13-seitige Stellungnahme wurde von drei Wissenschaftlern der Universität Erfurt und der TU Braunschweig verfaßt; sie ist zugleich die erste kritische Auseinandersetzung mit Joachim Nettelbeck (1738-1824). Nettelbeck ist bekannt für sein Engagement bei der Verteidigung von Kolberg gegen die napoleonischen Truppen im Jahr 1807. In einem der letzten UFA-Filme, der noch 1945 kurz vor der faschistischen Niederlage in die Kinos kam, wurde Nettelbeck und die Verteidigung von Kolberg heroisiert. Bislang wenig bekannt war, daß Nettelbeck im 18. Jahrhundert als Obersteuermann auf niederländischen Versklavungsschiffen aktiv an der Verschleppung von Afrikanern nach Amerika beteiligt war. Später gehörte er zu den frühesten Lobbyisten eines preußischen Kolonialismus. Nach Nettelbeck sind auch in 20 anderen deutschen Städten Straßen, Plätze und Wege benannt. Die Benennung des Nettelbeckufers in Erfurt nach Gert Schramm, der als schwarzer Überlebender von Buchenwald und antifaschistischer Aktivist das Bundesverdienstkreuz erhalten hat, könne als Inspiration dienen, sagt Jule Henschel von »Decolonize Erfurt«.

Online-Petition zur Umbenennung des Nettelbeckufers in Gert-Schramm-Ufer: <https://www.openpetition.de/petition/online/fuer-die-umbenennung-des-erfurter-nettelbeckufers-in-gert-schramm-ufer#petition-main>



Bernauer Blumenampel-Saison

Bernau (best). Am 20. Mai begannen die Mitarbeiter des Zierpflanzenbaus aus Hoffnungstal damit, die beliebten Blumenampeln an den Laternen in der Bernauer Innenstadt aufzuhängen. Nach elf Jahren wird das Projekt in diesem Jahr um eine neue Pflanze erweitert. Neben den traditionell gepflanzten Geranien und Begonien werden auch Hummelkönige in den Bernauer Blumenampeln zu finden sein. »Der

Hummelkönig, auch unter den Namen Goldmarie oder Goldzweizahn bekannt, ist reich blühend, beliebt bei den Insekten und gut kombinierbar mit anderen Pflanzen«, sagt Nils Lönies, der Citymanager der BeSt Bernauer Stadtmarketing GmbH. Er bedankt sich bei allen Blumenampelpaten, freut sich über langjährige Engagements und begrüßt die neu hinzugekommenen Unterstützer herzlich.

Eberswalde als »Sicherer Hafen«?

Eberswalde (bbp). Genau 50 Menschen kamen am 10. Mai zu einer Kundgebung im Rahmen der Seebrücken-Kampagne auf den Eberswalder Marktplatz. Darüber informieren Barnimer Willkommensinitiativen auf ihrem Blog. Diese Menge entsprach den Vorgaben des Corona-bedingten Auflagenbescheides. Deshalb hatte die organisierende Gruppe auch nur wenig für die Kundgebung geworben. Sie zeigten sich um so erfreuter, daß trotzdem so viele Menschen zusammenkamen.

Kreidekreuze markierten die Stehplätze für die Demonstranten, um den Mindestabstand zu gewährleisten. In den Redebeiträgen wurde auf die Kampagne #LeaveNoOneBehind (*Laßt niemanden zurück – bbp*) verwiesen. Auch Menschen auf der Flucht haben ein Recht auf Schutz vor der Corona-Pandemie. Deswegen wird eine Evakuierung der Lager auf den griechischen Inseln und eine Öffnung der Grenzen verlangt.

Kindertränen

*Mein Schatz hat süß geschlafen
bis klappte laut die Tür.
Da zuckt er mit den Armen
und wedelt wild umher.*

*Nun liegt er auf der Seite
und strampelt mit dem Bein
und steckt den kleinen Daumen
ins süße Mäulchen rein.*

*Ja, ist der Traum so garstig
daß trösten muß er sich?
Ich weiß es nicht und warte.
Da zerrt sich das Gesicht*

*zu einer schlimmen Maske.
Es öffnet sich der Mund.
Nun weint mein Enkel leise
Die Schnute ist so rund.*

*Jetzt reißt er auf den Rachen
und schreit: Mama, Mama!
Die Augen noch geschlossen -
die Tränen sind schon da.*

*Soll ich den Vorhang öffnen?
Die Sonne scheint so schön.
Die Äuglein sind zwei Spalte,
nur Tränen sind zu sehn.*

*Und erst die roten Wangen:
die sind ein Tränenmeer.
Mein Liebes, warum weinst du?
Du weißt es wohl nicht mehr.*

*Ich nehm ihn auf die Arme
und drück ihn fest an mich:
Mama ist nicht zu Hause!
»Oma, ich liebe dich!«*

Mehrere Rednerinnen und Redner forderten die Stadt Eberswalde auf, sich dem Zusammenschluß der »Sicheren Häfen« anzuschließen. Im Gegensatz zur europäischen Abschottungspolitik und der Blockade der EU-Staaten setzen sich zahlreiche zivilgesellschaftliche, landes- und kommunalpolitische Akteure in ganz Europa für die Aufnahme von aus Seenot geretteten Menschen ein. Gerade die Kommunen zeigen ihre Solidarität und Verantwortung. Immer mehr von ihnen erklären sich zu Sicheren Häfen für Geflüchtete.

Unter den Demonstrierenden waren auch einige Geflüchtete, die nun in Eberswalde leben. Einer erzählte über seine Flucht aus Syrien, von seinem Weg über das Mittelmeer mit dem Schlauchboot von der Türkei nach Griechenland und von seiner Familie und seinen Freunden und Bekannten, die noch in Syrien oder in der Türkei oder in den griechischen Lagern ausharren müssen.

Bauhaus-Führungen: An der frischen Luft

Seit dem 7. Mai werden die Bauhaus-Führungen wieder angeboten, wenn auch in abgewandelter Form. Da wir die Hygienemaßnahmen einhalten müssen, werden die Führungen mit den Bauhaus-Guides aus dem Innenraum der Bundesschule ins Grüne verlagert. Bei einem Spaziergang über das Gelände des UNESCO-Welterbes und um die Bundesschule herum erfahren die Besucher alles über die Bau- und Nutzungsgeschichte des Bauhausensembles. Verbunden mit Einblicken durch die großen Fenster in die Räume und vom Innenhof aus in den Glasgang des Meyer-Wittwer-Baus, wird der Gesamtaufbau des Bauensembles deutlich erkennbar und die Herangehensweise der Architekten Hannes Meyer und Hans Wittwer intuitiv nachvollziehbar.

Die Gruppengröße der Führungen an der frischen Luft wird vorerst auf 10 Personen beschränkt, so daß der Mindestabstand untereinander eingehalten werden kann. Bei Bedarf werden die Bauhaus-Guides mit einem Taschenmikrofon ausgestattet, damit alles Gesagte verstanden werden kann. Die Führungen finden nun probeweise zu den bekannten Terminen donnerstags um 11.30 und 14.30 Uhr statt. Zukünftig können die Führungen nach Anfrage auf zusätzliche Tage ausgeweitet werden. Anmeldungen für Führungen sind ab sofort wieder online über das Buchungssystem auf www.bauhaus-denkmal-bernaue.de/fuehrung.html möglich.

Derweil bleibt die Ausstellung »SCHULE IM WALDE« – 1928 BIS HEUTE im Lehrhaus am Hannes-Meyer-Campus 9 weiterhin geschlossen, da sich die Hygienevorgaben des Landes Brandenburg in den Räumlichkeiten nicht zuverlässig umsetzen lassen.

Dr. ANJA GUTTENBERGER

Umwelt-Bildung im Kiez

Mit der Umwelt-AG entwickeln wir Bildungsprogramme, über die die Teilnehmenden erstmals in Aktivitäten und Prozesse der nachhaltigen Naturschutzarbeit, speziell zum Schutz und Erhalt der biologischen Vielfalt, eingebunden werden.

Am Anfang des Programms steht die persönliche Naturerfahrung und die Auseinandersetzung mit Fragen der biologischen Vielfalt. Anschließend werden in Praxisprojekten vielfältige Maßnahmen im unmittelbaren Lebensumfeld der Teilnehmenden umgesetzt. Sie erarbeiten dabei Fähigkeiten im praktischen Naturschutz, legen Blühwiesen auf artenarmen Ruderalflächen an oder pflanzen seltene heimische Strauch- und Baumarten. Der Schwerpunkt liegt hier immer darauf, daß die Teilnehmenden selbstbestimmt arbeiten und wir heimische, pflegeleichte Arten pflanzen.

Momentan arbeiten wir auf verschiedenen Flächen in Eberswalde. Im Brandenburgischen Viertel sind wir auf der Brachfläche am EWE-Heizhaus (Priginitzer Straße) und auf der kleinen Parkfläche vor der Kita Arche-Noah (beides WHG-Flächen) aktiv. Die Umwelt-AG hat zum Ziel, den Kindern weiterhin Naturerfahrungen zu ermöglichen und sie in die Pflege und weiterführende Gestaltung der Projektflächen mit einzubinden.

Tatsächlich ist es so, daß wir zunächst auf unsere Umweltpädagogen angewiesen sind, um die Umwelt-AG zu etablieren. Fortführend sollen zunehmend Studentinnen und Studenten der HNEE, die durch ihr Studium angehende oder bereits ausgebildete Umweltpädagogen sind, mit in die Arbeit eingebunden werden. Ziel ist es, die Aufgaben dann an sie im Rahmen ehrenamtlicher Arbeit zu übergeben.

Durch die Förderung durch das Programm »Soziale Stadt« ist es nun erst mal möglich, mit der Umwelt-AG zu beginnen. Wir hoffen, daß sich die Pandemiebeschränkungen in absehbarer Zeit so weit lockern, daß wir die Arbeit mit externen Teilnehmenden wieder aufnehmen können.

CAROLIN SCHLENTHER

Schon gehört?

Der ehemalige Außenminister der USA Colin Powell ist reaktiviert worden. Er soll der UNO die unwiderlegbaren Beweise für die Herstellung des Corona-Virus in einem chinesischem Labor präsentieren. Als Begründung wurde angeführt, daß sein Auftreten bei der Begründung des Irak-Krieges wegen dort vorhandener biologischer Waffen schließlich auch ein voller Erfolg war.

Hingegen hat sich als Gerücht herausgestellt, daß die Verschwörungstheoretiker eine Ehrenmitgliedschaft an Colin Powell vergeben haben. Ihr Sprecher sagte, daß sie sich auf ein solches Niveau nun wirklich nicht begeben wollen.

Bereits am Abend des 22. März 1920 (Montag) gab es in Eberswalde eine Einigung zwischen den Arbeitern und den Bürgerlichen. Das Einigungsprotokoll unterschrieben für die Arbeiterschaft der Stadtrat ZIMMERLING (USPD), für die Bürgerlichen POTT und GOERKE.

Laut dem unterzeichneten Protokoll sollten die Bürgerlichen ihre Waffen zurückerhalten. Die Arbeiter wollten sich von allen Posten zurückziehen mit Ausnahme der am Waffenlager, der auf den Brücken und der auf dem Bahnhof. Die Zeitungen durften wieder erscheinen und alle Beamten, die gegen die Arbeiterherrschaft in Streik getreten waren, sollten am Mittwoch, dem 24. März, ihre Arbeit wieder aufnehmen. Die Arbeiterschaft, außer den Energiearbeitern, blieb zunächst weiter im Generalstreik.²

Am 23. März 1920 trat die Eberswalder Stadtverordnetenversammlung zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen. Nachdem die Stadtverordneten ihrem am Vortag verstorbenen Kollegen Philipp Zopf die Ehre erwiesen hatten, hörten sie den Bericht der Kommission an, die am Sonntag (21. März) nach Berlin geschickt worden war. Der Stadtverordnete Munkel berichtete, daß in Berlin die Regierung Ebert-Bauer besteht und von Kapp-Lüttwitz nichts mehr vorhanden sei. Der spätere Ehrenbürger Dr. Ludwig Sandberg resümierte unter zustimmenden Zurufen, daß die Schuld der zugespitzten Lage in Eberswalde »nur an den Rockschießen der Rechten hängt«.³

Als die nächste Woche begann (29.3), hatten auch die letzten Betriebe die Arbeit wieder aufgenommen und die Arbeiterwehren hatten ihre Waffen abgegeben. Doch noch in der gleichen Woche, am Gründonnerstag (1.4.), rückte gegen 4 Uhr eine starke Reichswehreinheit in Eberswalde ein. Mehrere Infanterie- und zwei Maschinengewehrkompanien, eine leichte Feldbatterie sowie einige Batterien Minenwerfer besetzten Eberswalde. Sie nahmen die Schulen und Säle der Stadt in Beschlag. Der Stab nahm im Schützenhaus Quartier.

Die Militärs verhafteten einen großen Teil der Führer der Arbeiterschaft. Insgesamt wurden 25 bis 30 Personen in den Keller des Schützenhauses eingesperrt. Die ganze Stadt wurde nach Waffen durchsucht. Im RAW erhielten mehr als 200 Arbeiter, darunter sämtliche Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre, den »blauen Brief«. Am Abend des 1. April traf schließlich noch ein stark armerierter Panzerzug auf dem Eberswalder Bahnhof ein.²

Stadtrat ZIMMERLING berichtete später, daß die Verhafteten von einem Militärgericht, bestehend aus Gerichtsoffizieren und Gerichtsschreibern, verhört wurden. Einige wurden wieder freigelassen, während andere, die zum Teil die Aussage verweigert hatten, weiter festgehalten wurden. Erst nachdem Zimmerling den Oberbürgermeister HOPF in einer »dringlichen Unterredung« darauf aufmerksam gemacht hatte, »daß es bei längerer Inhaftierung nicht in

1920: Abwehr des Kapp-Putsches im »Roten Finowtal«

Arbeiter trotzen dem Strafgericht

Spätestens ab 30. März 1920 hatten alle Betriebe im Finowtal die Arbeit wieder aufgenommen. Am 3. April berichtete der Oberbarnimer Landrat an die preußische Landesregierung, daß in Werneuchen, Strausberg und Eberswalde – den Zentren des Arbeiterwiderstandes gegen den Kapp-Putsch – Militär einmarschiert sei, »um die Waffen einzusammeln«. Zu Unruhen sei es bisher nicht gekommen.¹

seiner Macht läge, Unruhen zu verhüten«, wurden schließlich bis kurz vor Mitternacht die letzten aus der Haft entlassen. Der Oberst der Truppe habe ausdrücklich erklärt, daß er auf dem Boden der Reichsverfassung stehe. Zimmerling warf daher die Frage auf, ob er überhaupt zur Verhaftung und Vernehmung berechtigt war, da nach der Verfassung keine Ausnahme Gesetze und Kriegsgerichte in der Mark Brandenburg bestehen würden.⁴

Schließlich rückte das Militär wieder ab und die vom Landrat befürchteten Unruhen wurden abgewendet. Das änderte sich Ende April.

In den frühen Morgenstunden des 25. April 1920 hatte in aller Stille ein Gendarmerieaufgebot von etwa 18 Gendarmen in Britz acht Arbeiter (die Former O. EGGBRECHT, K. DAHL, F. KRAUSE, G. RÜNGER, Arbeiter H. BLUMMEYER, O. HARTWIG, P. PUTTRICH und der Schlossere R. SOBECK) verhaftet. Ihnen wurde vorgeworfen, sie hätten am 15. März anlässlich des Generalstreiks bei einer öffentlichen Versammlung in Britz Tätlichkeiten gegen den Gendarmeriewachtmeister KAMPA begangen bzw. zu solchen aufgefordert.

Gegen 7 Uhr brachte man sie in das Gefängnis im Eberswalder Amtsgericht in der Pfeilstraße (später Volkspolizeikreisamt, zuletzt Polizeiwache; vor einigen Monaten wurde das Gebäude abgerissen). Schnell verbreitete sich die Nachricht unter den Arbeitern im Finowtal. Bald ruhte in allen Betrieben, in denen am Sonntag gearbeitet wurde, wie Messingwerk, Ardelt, Seiffert, Möller&Schreiber und anderen die Arbeit. Wie am 15. März, als es gegen Kapp ging, gruppierten sich die Arbeiter zu einem großen Demonstrationzug, der gegen halb zwölf die Bahnhofsbrücke erreichte. Über Eisenbahn-, Kreuz- (heute Friedrich-Ebert-Straße) und Bismarckstraße (heute Goethestraße) zum Amtsgericht. Gegen zwölf Uhr war das Gebäude von den Arbeitermassen umringt. MAX SCHRODECK vom Deutschen Metallarbeiter-Verband übernahm die Verhandlungen mit

dem Amtsrichter STRICKER und dem Geheimen Justizrat HIRSCHBERG. Der Gewerkschafter machte die beiden auf die Folgen einer längeren Verhaftungsdauer aufmerksam, da er nicht für die empörten Arbeiter garantieren könne. Der Amtsrichter telefonierte mit dem Landesgericht Prenzlau, denn das hatte die Verhaftung angeordnet. Mit der Begründung, daß nun ja kein Fluchtverdacht mehr vorliege, gab man die Verhafteten schließlich frei. Mit großem Jubel wurden die Befreiten von den Arbeitern begrüßt. Auf einer spontanen Kundgebung wies MAX SCHRODECK auf die Macht der geeinten Arbeiterklasse hin. »Er betonte«, schrieb der Märkische Stadt- und Landbote, »daß die Regierung Arbeiter, die nichts getan haben als die Verfassung geschützt, verhaftete, während man die Kapp-Putschisten nicht fassete.«

Schrodeck forderte die Arbeiter auf, wieder an die Arbeitsstätten zurückzukehren. In geordneten Zügen marschierten die Arbeiter ruhig, wie sie gekommen waren, zurück in ihre Betriebe. In einigen wurde beschlossen, die Arbeit erst am folgenden Montag wieder aufzunehmen. Wie die Zeitung berichtete, war es »zu irgendwelchen Zwischenfällen ... außer kleineren Erregungen auf dem Flur des Gerichts, wo einzelnen Leuten die Freilassung zu lange dauerte, nicht gekommen«.⁵

GERD MARKMANN

1 – Landrat des Kreises Ober-Barnim: Bericht über die politische Lage während der letzten politischen Wirren, Freienwalde 03.04.1920, nach der von Ludwig Arendt beglaubigten Abschrift vom 14.02.1960

2 – LUDWIG ARENDT: Stärker als Monopolisten und Generale, in: Heimatkalender für den Kreis Eberswalde 1960, Hrsg.: Rat des Kreises Eberswalde

3 – Märkischer Stadt- und Landbote Nr. 73, 80. Jahrgang vom 28.03.1920

4 – Märkischer Stadt- und Landbote Nr. 82, 80. Jahrgang vom 07.04.1920

5 – Märkischer Stadt- und Landbote Nr. 100, 80. Jahrgang vom 25.04.1920

Datenbank für Tourismus in Eberswalde

Eberswalde (prest-ew). Seit Anfang 2020 gibt es in Eberswalde die Datenbank DAMAS, die das aktuell umfassendste touristische Informationssystem im Land Brandenburg darstellt. Gegenwärtig sind ca. 14.000 georeferenzierte Informations-Datensätze (POIs = points of interest) in über 70 Kategorien in der Datenbank enthalten. Anbieter können ihre Daten über das Amt für Stadtmarketing und Tourismus einpflegen lassen.

Die Daten sind auf zahlreichen Plattformen abrufbar. Ziel ist es, diese Datensätze auch über die Webseite www.tourismus-eberswalde.de verfügbar zu machen als eine umfassende Informationsgrundlage, um Gäste und Touristen mit den vielen touristischen Attraktionen wie z. B. Finowkanal, Messingwerksiedlung, Gropius-Architektur, Industriekultur, Spuren jüdischer Stadtgeschichte, Zoo, Familiengarten und vielen anderen bekannt zu machen.

80 Bücher für die Bücherwand

Eberswalde (bbp). KONRAD und GABY KUTT, Organisatoren der im Dezember 2019 aufgestellten und im Februar 2020 zerstörten BücherboXX auf dem Potsdamer Platz, werden am 28. Mai nach Eberswalde kommen, um gegen 15 Uhr die inzwischen als Ersatz für die BücherboXX auf dem zentralen Platz des Brandenburgischen Viertels etablierte Bücherwand mit 80 neuen Büchern zu bestücken. Die Bücherwand am Rande des Platzes versteht sich als Aufmunterung in dieser schwierigen Zeit«, sagt Konrad Kutt. »Das Buch bleibt uns erhalten und ist sogar noch wichtiger geworden.«

Die Reparatur der zerstörten Telefonzelle, die als BücherboXX diente, schreitet inzwischen voran. Zunächst soll das Solarmodul vom Dach abgebaut werden, um die Schäden an der Türhalterung zu untersuchen und gegebenenfalls zu reparieren. Eine Original-Ersatzscheibe, die bei dem Brandanschlag zerstört wurde, steht inzwischen zur Verfügung. Aktuell war die BücherboXX-Initiativgruppe noch auf der Suche nach einem Glaser, der die Scheibe einbaut.

Allen Beteiligten ist klar, daß sie das Projekt nicht einfach aufgeben wollen. Die Diskussion wird darüber geführt, ob die BücherboXX an einem sichereren Ort, beispielsweise im Foyer des EKZ Heidewald, oder wieder an der alten Stelle auf dem Potsdamer Platz aufgestellt wird.

Die meisten aus der Initiativgruppe plädieren für letzteres. MASCHA HEB sagt beispielsweise: »Ich muß ganz ehrlich sagen, daß ich es nach wie vor am besten finden würde, wenn die BücherboXX auf genau derselben Stelle des Potsdamer Platzes wieder aufgestellt wird, wo sie einst


Foto: KONRAD KUTT

stand, und dort Präventionsmaßnahmen getroffen werden. Das würde auch das richtige Zeichen für die Bewohner setzen: Wir vertrauen euch!«.

Die Haltung, jede Initiative zur Verschönerung und Verbesserung im Viertel mit der Begründung abzuschmettern, es würde ja eh angepöckelt, als Bierlager genutzt und kaputt gemacht, sei »einfach nicht richtig«. Auch wenn es scheint, als wären mit der Zerstörung der BücherboXX diese Vorurteile bestätigt worden, dürfe man sich nicht resigniert zurückziehen.

»Wenn wir uns nun alle gemeinsam mal stark machen und kämpfen und die BücherboXX genau dorthin zurückstellen, wo sie einst beerdigt wurde, dann ist das ein Statement, welches im besten Fall sogar beim Täter eine Wirkung zeigt. Und den Bewohnern, die nun unter diesen beiden Taten leiden mußten, wird ein gutes Gefühl vermittelt. Seit 30 Jahren sind sie dazu gezwungen, zuzusehen wie alles verschwindet. Von Generation zu Generation waren die Menschen hier gezwungen, die Qualität ihres Lebens immer mehr zu reduzieren. Die BücherboXX hat vielen Menschen hier im Viertel ein Stückchen Lebensqualität zurückgegeben, eben

weil sie an diesem freizugänglichen und zentralen Ort, für jedermann sichtbar, stand. Die BücherboXX wurde doch vor allem von Passanten genutzt, die nicht durch andere erfahren haben, daß es eine BücherboXX im Viertel gibt. Und genau das war die Qualität an der ganzen Sache.«

Wie Mascha Heß gehört auch ANDREA BLÜMEL zu jenen, die ihre Bereitschaft erklärt haben, die BoXX regelmäßig am Abend abzuschließen, um möglichem Vandalismus vorzubeugen. »Ich finde es sehr wichtig«, sagt sie, »den Menschen, die im Viertel wohnen zu zeigen, daß sie unterstützt werden. Es darf einfach nicht sein, daß eine schöne Idee nicht weiter verfolgt wird. Ich bin für die Erhaltung des Standortes auf dem Potsdamer Platz, schon auch deswegen, weil ich es für sehr wichtig halte, Flagge zu zeigen...in Wort und Tat.« Also sie vor fünf Jahren aus dem Schwarzwald nach Eberswalde gezogen ist, war sie anfangs ziemlich erschrocken über die teilweise herrschende Tristesse und die damit verbundene Perspektivlosigkeit vieler Menschen im Viertel. »Ich möchte, im Rahmen meiner Möglichkeiten, mich gerne daran beteiligen, daß sich daran ein wenig ändert. Die Idee mit der BücherboXX hat mir sehr gut gefallen.«

Während ein Aufstellen der BücherboXX in Räumen, »wo wir eine soziale Kontrolle haben«, wie das Vereinshaus in der Havellandstraße 15, dem Dietrich-Bonhoeffer-Haus oder im Familienzentrum in der Spreewaldstraße, auf mehrheitliche Ablehnung stößt, bietet sich das Heidewald-Foyer als Kompromißplatz an, vor allem, falls eine Reparatur der Tür nicht möglich sein sollte. Dort könnte die BücherboXX auch in offener Variante ohne Tür aufgestellt werden. Konrad Kutt ist mit dem Heidewald-Verwalter dazu im Gespräch und erwartet in Kürze eine Entscheidung von »Comer Immobilien«.

Acht Bücherpakete für Horte im Barnim

Auf Initiative von KATJA HOYER, für Bündnis 90/Die Grünen Mitglied im Kreistag Barnim und dort im Ausschuß für Bildung und Kultur, starteten die Barnimer Grünen vor vier Wochen einen Aufruf, um Geld für Büchergutscheine zu sammeln. Ziel sollte sein, Horteinrichtungen zu unterstützen, die in Coronazeiten Notbetreuung leisten. Gleichzeitig sollte dem lokalen Buchhandel geholfen werden.

Inzwischen sind von grünen Kreistagsmitgliedern sowie von Mitgliedern und Sympathisanten des Kreisverbandes über 800 Euro gespendet worden. Die Umsetzung der Aktion konnte beginnen. In Panketal, Blumberg, Werneuchen, Basdorf und Oderberg übergaben grüne Kommunalpolitiker in der ersten Maiwoche bereits Bücherpakete oder -gutscheine im Wert von jeweils 100 Euro an die Horte vor Ort. Eine Woche später folgten der Hort »Gestiefelter Kater« im Brandenburgischen Viertel in Eberswalde sowie ein Hort in Bernau und der in Joachimsthal. Der Einkauf der Bücher wurde unter den acht im Barnim existierenden Buchhandlungen gerecht aufgeteilt. »Kinder lesen gerne oder lassen sich gerne vorlesen. Mit die-

ser Spende unterstützen wir einerseits unsere lokalen Buchhändler, die es in den letzten Wochen sehr schwer hatten, und andererseits sind die Bücher eine schöne Gabe für die Kinder, die in den Horten gerade betreut werden,« so Katja Hoyer.

Gemeinsam mit der Vorsitzenden der grünen Kreistagsfraktion HEIKE WÄHNER besuchte ich die Gutenberg-Buchhandlung in Eberswalde und anschließend – mit Bücherpaket unter dem Arm – den Hort »Am Drachenberg« in Oderberg. Dort war die Freude groß. Von Buchhändlerin SUSANNE NEUMANN erfuhren wir in bewegenden Worten viel über die aktuelle Notlage der Einzelhändler.

Der Kreistagsabgeordnete HENDRIK WENDLAND kümmerte sich in Panketal um die Bücheraktion. Dabei kam er u.a. mit Buchhändlerin Sabine Bache vom Buchladen »Fabela« ins Gespräch. In den Horten in Blumberg und in Werneuchen überreichten WINFRIED WOLF, Kreistagsabgeordneter aus Ahrensfelde, und SEBASTIAN GELLERT, Stadtverordneter in Werneuchen, gemeinsam Büchergutscheine, die mit Freude entgegengenommen wurden.

SARAH POLZER-STOREK

Entlastungen beantragt

Die Fraktion BVB/Freie Wähler stellt in der Panketaler Gemeindevertretung den Antrag, Bürger finanziell mit geeigneten Maßnahmen aufgrund der Corona-Krise zu entlasten. Hierzu wird u.a. vorgeschlagen, die Gewerbesteuer zu senken, Gewerbemieten zu erlassen, Prämien für Erzieherinnen, die Notbetreuung anbieten, die Aussetzung von Kitagebühren bis sechs Monate nach der Wiedereröffnung der kommunalen Einrichtungen für alle Kinder sowie die Übernahme der Kitagebühren für Eltern von Kindern in nichtkommunalen Einrichtungen oder bei Tagesmüttern. Einkommensschwache Familien sollen mit Hardware unterstützt werden zur Erledigung der Schulaufgaben. Weitere Maßnahmen sind die kurzfristige Senkung der Wasser- und Abwassergebühren, die Aussetzung der Erhebung und Vollstreckung von Erschließungsbeiträgen sowie die Einführung eines Härtefonds in Panketal von einer Summe bis zu 250.000 Euro.

Wir möchten mit diesen Maßnahmen in der Gemeindevertretung eine wichtige Diskussion anregen.

CLEMENS HERRMANN (gekürzt)

Gesundheitswesen kaputtgespart

Italien und Spanien sind die bislang am meisten von Corona betroffenen Länder in Europa. Vor allem nach der sogenannten Finanzkrise von 2008 wurden diese Länder in eine rigide Sparpolitik auf sozialem Gebiet getrieben. Allerdings begann diese Sparpolitik keineswegs erst mit der »Finanzkrise«. So waren in Italien zwischen 1975 und 2008 schon zwei Drittel aller Krankenhausbetten abgebaut worden. Gab es 1975 noch 1036 Betten auf 100.000 Einwohner, waren es 2008 noch 313. Bis 2013 sank die Zahl der Krankenhausbetten je 100.000 Einwohner in Italien sogar auf 275. Zum Vergleich: In der BRD zählte man 2013/14 noch 621 Betten.

In Spanien standen 2014 je Hunderttausend Menschen 239 Betten zur Verfügung, 1985 waren es 351. Im Vereinigte Königreich Großbritannien sank die Bettenzahl von 317 (2000) auf 228 (2014). Einen starken Abbau von Krankenhausbetten verzeichnete auch das eigentlich als soziales Vorzeigeland bekannte Schweden, wo 1973 noch 964 Krankenhausbetten je 100.000 Einwohner zur Verfügung standen, 2014 nur noch 235.

Über die beste Ausstattung an klassischen Krankenhausbetten in Europa verfügt Monaco mit 1119 Betten. An zweiter Stelle rangiert Belarus mit 866 Betten.

Zahlenquelle: WHO (neueste Zahlen von 2014)

Bernauer Modell landesweit

Die Landtagsfraktion von BVB/Freeie Wähler will, daß das »Bernauer Modell« beim Straßenbau landesweit eingeführt wird und hat einen entsprechenden Antrag. Wie erinnerlich, werden in Bernau seit dem von uns initiierten Bürgerentscheid »Gerechter Straßenbau« im Jahr 2013 die Bewohner von Anliegerstraßen verbindlich befragt. Zugleich hat sich der erweiterte Straßenbau etabliert, der für die Anwohner beitragsfrei ist. Hierdurch werden nicht nur Kosten gespart, es erhöht sich auch die Akzeptanz. Klagen und Widersprüche gehen zurück. Ebenso wird ressourcenschonend gearbeitet, der geringere Versiegelungsgrad trägt zum Umweltschutz bei.

Daher sollte dieses Modell nun landesweit umgesetzt werden. Die Landesregierung soll per Rundschreiben die Kommunen auf die Möglichkeiten dieses kosten- und materialsparenden Verfahrens hinweisen. Wir sind der Überzeugung, daß Straßen Güter der Allgemeinheit sind und daher nicht Einzelne übermäßig belasten sollten.

Bernau hat gute Erfahrungen mit diesem Modell gemacht. Dies ist eine weitere Maßnahme im Bemühen um eine komplette Abschaffung der Erschließungsbeiträge. Die Ausbaubeiträge, die zwei Drittel der Kosten ausgemacht haben, sind bereits abgeschafft.

PÉTER VIDA

Hochglanzflyerlächeln

Hochglanzflyerlächeln verbirgt die gierige Fratze des Agenten der Banken.

Sein Blick trifft den hilflos zappelnden Hering im Netz.

Die nette Richterin verkündet das Urteil.

Es geht alles seinen Gang.

Ohnmacht.

Wutbürger.

Auf in den nächsten Krieg.

PAUL MANN

Rentensprechstunde im Juni

Ab Juni gibt es wieder die Rentensprechstunde der Volkssolidarität in Eberswalde in der Mauerstraße 17 (Richterplatz). Der nächste Termin ist am Mittwoch, dem 3. Juni, von 10 bis 12 Uhr. Die Rentensprechstunde findet derzeit **nur auf Anmeldung** statt. Anmeldung bitte bei Frau Nikitenko unter Telefon 03338/8463.

ANDREA HOEHNE

In eigener Sache

Aus organisatorischen Gründen erscheint die nächste »Barnimer Bürgerpost« als Doppelausgabe für die Monate Juli und August. Es ist der doppelte Umfang der Normalausgabe vorgesehen, also 32 statt 16 Seiten. Redaktionsschluß ist Montag, der 29. Juni. Geplanter Erscheinungstag ist Dienstag, der 7. Juli. Die folgende Ausgabe erscheint dann voraussichtlich am 1. September (Redaktionsschluß: 26.8.).

GERD MARKMANN,

Redakteur der »Barnimer Bürgerpost«

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

internet: www.barnimer-buergerpost.de

redaktion: Gerd Markmann

druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088

redaktionsschluß: 28. Mai 2020

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO+.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 29. Juni 2020.

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO = 9 Euro + 3 Euro Spende oder mehr)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 10 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 3 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

IBAN BIC Bank

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in

Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

eMail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung der o.g. Angebote)

Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon und e-mail siehe Impressum)